Hamburg, 16. Juni 1901. Nr. 24. 9. Jahrgang.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰,
Vergnügungsanzeigen und Stellenvermittelungen 20 ₰,
Versammlungsanzeigen 10 ₰. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fern zu halten von:

Tischlern nach Bunzlau, Siegen, Liegnitz (C. Lenke), Langensalza (J. C. Hartung und Kroll), Eckernförde, Salze bei Schönebeck (Puritz), Frankfurt an der Oder (Collath), Priebus, Schwedt (E. Schulz);
Tischlern auf weiße Möbeln nach Wilsbruff (Klemm);
Tischlern, Bildhauern und Maschinenarbeitern nach Bamberg (Müller);
Tischlern, Stellmachern und Maschinenarbeitern nach Kelsterbach (Süddeutsche Wagenfabrik), Siegen i. W., Arlöf in Schweden (Rössel's Wagenfabrik);
Modelltischlern nach Mannheim (Lanz);
Bau- und Möbeltischlern, Anschlägern, Bodenlegern und Maschinenarbeitern nach Tübingen;
Drechslern nach Posen (Bendix & Söhne);
Stuhlmachern, Tischlern und Polirern nach Münder am Deister (Gebr. Jörrn, Rahlmühle), Goslar;
Pianofortetischlern nach Zeitz (Morenz);
Bürstenmachern nach Lippspringe i. W. (Ruthe & Jahrand), Köln (Greifels), Reinfeld (Hintze);
Waguern nach Karlsruhe, Stettin;
Gummiarbeitern nach Kassel (Nickel & Co.);
Korkarbeitern nach Posen.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter im Jahre 1900.

I.

Vergleicht man die Ziffern, welche der Verbandsvorstand in den Nummern 17 und 18 der „Holzarbeiter-Zeitung" dieses Jahres über die Zahl der Streiks im vorigen Jahre und der daran betheiligten Personen veröffentlicht, mit denen aus den Jahren 1896—1899, so fragt man sich unwillkürlich, wie war es möglich, daß in der absteigenden Geschäftskonjunktur die Streiks einen solch immensen Umfang annehmen konnten. Während im Jahre 1899 die Zahl der betheiligten Personen nur 10296 betrug, stieg sie im Jahre 1900 auf 17405, und mit der Zahl der Streikfälle ist das Berichtsjahr gegen 1899 nur um 21 zurückgeblieben, während es in Bezug auf die Summe der gezahlten Streikkosten das Jahr 1899 um M. 553645 übersteigt. Das Jahr 1900 steht also bezüglich der für Streiks aufgewandten Mittel (M. 844648) an erster, bezüglich der Zahl der Streiks und der daran betheiligten Personen an zweiter Stelle seit Bestehen des Holzarbeiterverbandes. Diese Thatsache läßt, wenn man die Erfolge der Streiks aus dem Berichtsjahr in Vergleich ziehen will, zweierlei Deutung zu. Einmal die: die große Zahl der stattgehabten bewilligten und nicht bewilligten Streiks ist entweder ein Zeichen, daß die Geschäftskrise noch nicht in dem Umfang sich in der Holzindustrie bemerkbar machte, als allgemein angenommen wurde, dann entspricht der Erfolg nicht den aufgewendeten Mitteln, oder sie war doch vorhanden und die Streiks waren die letzten krampfhaften Versuche, vor dem definitiven Eintritt der Krise noch zu retten, was zu retten war, und dann kann man mit dem Erfolg zufrieden sein.

Darüber, daß ein allgemeiner günstiger Geschäftsgang im Berichtsjahr nicht mehr vorhanden war, besteht wohl keine getheilte Meinung und daß hier und da die Verhältnisse einem Streik günstig waren, wird ebenso wenig bestritten werden; der sicherste Beweis aber dafür, daß das Jahr 1900 kein Jahr der Hochsaison für unsere Kollegen war, ist wohl der protzenhafte ablehnende Standpunkt der Unternehmer selbst den bescheidensten und berechtigtsten Arbeiterforderungen gegenüber, der, wie in München, Bremen, Zuffenhausen, in langen erfolglosen Kämpfen für die Betheiligten Kollegen seinen Ausdruck fand. Unter den vielen Streikgesuchen (128), welche vom Vorstand abgelehnt bezw. von den Antragstellern wieder zurückgezogen wurden, waren sicher eine ganze Reihe aus solchen Orten, in denen entweder eben erst eine Zahlstelle gegründet wurde, oder die den richtigen Zeitpunkt des Vorgehens verpaßt haben. In einer Reihe von Fällen sind aber auch ohne einen Streik und ohne viel Aufhebens kleine Erfolge errungen, von denen sowohl dem Vorstand als auch uns keinerlei Mittheilung gemacht wurde. In vielen Orten war ein Rücktritt von der beabsichtigten Lohnbewegung geboten, weil die Streiks in München, Breslau und Berlin die Kasse recht sehr in Anspruch nahmen. Größer als im Vorjahre ist die Zahl der Fälle, die ohne Arbeitseinstellung erledigt wurden. (58 gegen 47.) Wenn auch nicht alle noch so berechtigten Wünsche in Erfüllung gingen, so kam dabei für 3844 Kollegen doch eine Verkürzung der Arbeitszeit von vier Stunden pro Woche heraus, dazu für 3856 Kollegen eine Lohnerhöhung von 5 bis 30 pZt., im Durchschnitt 9 pZt., ungerechnet die große Zahl von Zugeständnissen der mannigfachsten Art. Vielleicht wäre noch mehr erreicht worden, wenn alle in Betracht gekommenen Arbeiter organisirt waren. Es heißt, daß von den 4427 Arbeitern 1300 nicht Verbandsmitglieder und nur 1507 seit länger als sechs Monaten organisirt waren. Es ist begreiflich, daß, wo der Prozentsatz der Unorganisirten so hoch ist, seitens der Antragsteller gezwungener Maßen ein Pflock zurückgesteckt wird bei den Verhandlungen, da sie in den meisten Fällen nicht kalt noch warm sind, ob die Unorganisirten im Falle der Nichtbewilligung solidarisch handeln werden.

Daß mit Vernunftgründen unseren Arbeitgebern nicht immer beizukommen ist und daß sie garnicht begreifen können, daß die Arbeiter aus mancherlei Gründen für eine kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne 2c. einzutreten verpflichtet sind, das beweisen die 57 Angriffsstreiks, welche im vorigen Jahre geführt wurden. Handelte es sich doch in 12 Fällen darum, die Arbeitszeit von **72** Stunden pro Woche abwärts bis auf **60** Stunden zu verringern, und darum hat gestreikt werden müssen!

Als ganz minimal sind die Forderungen um Lohnerhöhung zu bezeichnen. Angesichts der ganz besonders im Jahre 1900 gestiegenen Lebensmittel und Wohnungspreise war eine Lohnaufbesserung nur zu berechtigt. Während die Unternehmer mit Rücksicht auf die Preissteigerung der Rohmaterialien fast durchweg 10 bis 15 pZt. Aufschlag für die fertige Waare festsetzten, ja, dies theilweise sogar mit erhöhten Arbeitslöhnen begründeten, dazu in Orten, wo solche Erhöhungen garnicht eingetreten waren — will man den Arbeitern die Berechtigung absprechen, nun auch ihrerseits ihre Waare Arbeitskraft im Preise zu erhöhen, da die zu ihrer Erhaltung nöthigen Rohstoffe, wie Lebensmittel jeder Art, gleichfalls im Preise gestiegen sind. Da wird gefaselt von Begehrlichkeit, von Unverschämtheit, von Hetzern, die den Ruin des ganzen Gewerbes herbeiführen usw. Und doch zeigten wir des Oeftern, daß Handwerksmeister, Fabrikanten und Aktionäre auch im Jahre 1900 ganz gut abgeschnitten haben. Wenn z. B. in 3 Fällen von den Gesellen ein Minimallohn von M. **15** und einmal ein solcher von M. **14** gefordert wird, d. h. das Minimum dessen, was absolut nöthig ist in den fraglichen Orten, um Kartoffeln und Häring zu kaufen, und die Miethe für eine elende Einstuben- und Kammerwohnung zu bezahlen, dann kann man doch sicher nicht von Begehrlichkeit und Unverschämtheit der Gesellen sprechen. Aber was bedeuten denn auch Minimallöhne von M. 25,65 bis herab auf M. 21 in Großstädten? Die Herren Meister und Unternehmer, soweit sie Hausagrarier sind, wissen ja selbst, wie hoch sie die Wohnungsmiethe geschraubt haben, und Diejenigen, welche nicht zu den Glücklichen dieser Kategorie gehören, wissen ja aus früherer eigener Erfahrung, daß mindestens der vierte Theil des Lohnes für Wohnungsmiethe darauf geht. Damit Brot, Kartoffel, Fleisch, Gemüse 2c. recht annehmbare Preise erzielten, dafür sorgten ja die konservativen Freunde der Handwerker.

Betrachten wir nun das Resultat der Angriffsstreiks, so kommen wir zu dem Schluß, daß dasselbe befriedigend ist. Sehen wir ab von dem erfolglos beendeten Streik in München und von der hohen Zahl der an ihm Betheiligten, so ist der Prozentsatz Derjenigen, die in anderen Orten erfolglos kämpften, ganz bedeutend geringer denn 20 pZt. der Gesammtbetheiligten. Die Verkürzung der Arbeitszeit betrug **3,5** Stunden, gegen **2,7** im Jahre 1899, und die Lohnerhöhung **12,7** pZt. gegen **8,8** pZt. in 1899. Das ist doch immerhin ein ganz respektabler Erfolg, den im ersteren Falle 4241 und im letzteren Falle 14 215 Kollegen erzielten, ungerechnet die Einzelfälle, wo z. B. Festsetzung eines Akkordtarifes, Einführung von Minimallöhnen, Lohnsicherung bei Akkord, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, Aufschlag für Ueberzeitarbeit und vieles Andere durchgesetzt wurde.

Ungünstiger noch als die Angriffsstreiks verliefen die Abwehrstreiks. Die Gründe, welche zu solchen Streiks führen und das Ende derselben geben im wahrsten Sinne des Wortes die Temperaturhöhe der Geschäftskonjunktur an. Je nachdem diese steigt oder fällt, wird die Zahl der Abwehrstreiks sich mehren oder mindern und die Erfolge werden mehr oder minder günstig oder ungünstig sein. Dasselbe kann zwar auch von den Angriffsstreiks gesagt werden, jedoch besteht der Unterschied, daß bei diesen die Arbeiter, bei jenen die Arbeitgeber die Angreifer sind. Wenn die Zahl der Abwehrstreiks trotz der ungünstigen Geschäftsperiode im vorigen Jahre geringer war als die im Jahre 1899 (58 gegen 70), so lag das lediglich daran, daß der Vorstand infolge der großen Kämpfe in Berlin, Frankfurt und München die Bremse ansetzte in allen solchen Orten, wo er aller Voraussicht nach, gestützt auf die Berichte der Gauvorstände, die Verantwortung für sicher weggeworfene Verbandsgelder nicht übernehmen konnte und wollte, und deshalb rieth, lieber wegen eines gemaßregelten Mitgliedes, wegen Einführung einiger rigoroser Bestimmungen in die Fabrikordnung und mancher anderer Chikane der Unternehmer nicht in Abwehrstreiks zu treten, sondern vorderhand sich zu bescheiden und einen günstigeren Zeitpunkt zur Abwehr abzuwarten. Daß den Weisungen des Vorstandes in vielen Fällen nicht gefolgt wurde, trotzdem man wußte, daß er für eine Unterstützung nicht einstehen konnte, ist beklagenswerth, und diesem letzteren Umstande sind denn auch von den wirklich stattgefundenen und erfolglos beendeten Streiks viele auf's Konto zu setzen.

Der Arbeiterschutz.

In einer Reihe von Vorträgen, welche im Wintersemester 1899—1900 durch Herrn Karl Poellath, königlich bayerischer Fabrik- und Gewerbe-Inspektor, im Volks-Hochschulverein München gehalten wurden, behandelte derselbe das Wesen des Arbeiterschutzes, dessen Nothwendigkeit und die Ziele der staatlichen Arbeiterfürsorge. Vor Kurzem ist nun eine Schrift erschienen: „Der Arbeiterschutz, der Schutz der gewerblichen Arbeiter Deutschlands, soweit er Aufgabe der Gewerbe-Inspektion ist" von Karl Poellath (Stuttgart, Ernst Heinr. Moritz. Preis M 1). Wie im Vorwort ausgeführt wird,

giebt diese Schrift im Wesentlichen den Inhalt der obengenannten Vorträge wieder, als Ergänzungen sind weiter nur hinzugekommen u. A. Mittheilungen über die im letzten Jahre in Deutschland erlassenen gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, ferner über den internationalen Arbeiterschutzkongreß in Paris.

Die Schrift soll auch weiter nichts anstreben, als eine volksthümliche Darstellung des Arbeiterschutzes zu geben, soweit die deutsche Gewerbeaufsicht mit demselben betraut ist, und werden in einer Reihe von Kapiteln die wichtigsten Gebiete desselben behandelt. Wenn auch der sonst belobte Geist objektiver Betrachtung der Arbeiterverhältnisse, wie selbiger in den bayerischen Gewerbeaufsichtsberichten stets zum Ausdruck kommt, auch diese Schrift auszeichnet und die Lektüre desselben zu einer angenehmen macht, so zeigt dieselbe aber gerade wieder, wie unsere jetzige Gewerbe- und Fabrikinspektion zur Beseitigung der schlimmsten Gefahren und Verhütung derselben in der Hauptsache theils durch mangelnde Zahl der Beamten, theils ihrer zu geringen Machtbefugnisse zur besseren Durchführung der bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, versagt.

Das Wesen des Arbeiterschutzes besteht nun nach Poellath darin, „daß der Mensch der Arbeit, die er verrichtet, nicht nur sein materielles Fortkommen, sondern auch seine geistige und sittliche Wohlfahrt verdankt; wird nun auf diese nicht Rücksicht genommen, so kann die Arbeit, wenn auch sonst alle Voraussetzungen zum Wohlergehen erfüllt sind, zu einer Quelle von Gefahren und Nachtheilen werden". Daß diese Schädigungen in materieller Hinsicht dem Arbeiter gerade heute in der Zeit des wirthschaftlichen Niederganges am schlimmsten fühlbar geworden, in Zeiten der Prosperität demselben aber das Bestreben, sein materielles Fortkommen, die Hebung der geistigen und sittlichen Wolfahrt aber sehr erschwert, durch die Beschränkung des Koalitionsrechts zum Theil sogar unmöglich gemacht wird, das darf dabei doch nicht verschwiegen werden. Die Gefährdungen des Arbeiters in seinem Berufsleben zur Erwerbung des nöthigen Lebensunterhaltes äußern sich in Schädigungen „wirthschaftlicher, gesundheitlicher und geistig sittlicher" Natur; diese Schäden sind um so größer und nachtheiliger, je mehr das Unternehmerthum, die Gewerbebetriebe, ungehindert die Möglichkeit besitzen, „nur auf die Größe der Produktion zu sehen, die Rücksicht auf das produzirende Individuum aber außer Acht lassen". Der einzelne Arbeiter vermag sich vor der aus der Berufsarbeit erwachsenden Benachtheiligung nicht genügend zu schützen, dies wird nur durch die Vereinigung in den Berufsorganisationen der Arbeiter möglich sein.

Einige Zahlen geben darüber Aufschluß, welche Bedeutung die Arbeiterfrage für das Gemeinwohl hat. Bei der Zählung vom 14. Juni 1895 betrug die Bevölkerung des Deutschen Reiches 51 770 284 Einwohner, darunter 25 409 161 männliche und 26 361 123 weibliche. In Bayern wurden 2 830 120 männliche und 2 949 056 weibliche, im Ganzen 5 779 176 Personen gezählt. Unter der Gesammtbevölkerung des Deutschen Reiches befanden sich rund zehn Millionen gewerbethätige Personen, nämlich fast drei Millionen selbstständige Unternehmer, etwa eine halbe Million Angestellte und 6,8 Millionen Arbeiter. In Bayern waren 460 000 männliche und 180 000 weibliche, zusammen 640 000 Arbeiter vorhanden. Seit der letzten im Jahre 1882 erfolgten Gewerbezählung nahmen im Deutschen Reiche die Unternehmer um 1,3 pZt., die Angestellten (Verwaltungs- und Aufsichtspersonal) um 118,9 pZt., die Arbeiter um 62,6 pZt. zu. In welchem Umfange Leben und Gesundheit der Bevölkerung durch die gewerbliche Arbeit in Mitleidenschaft gezogen wird, bezeugt die vom Reichsversicherungsamt für das Jahr 1897 bearbeitete Unfallstatistik. Darnach bezifferte sich die Zahl jener Verletzten, welche Unfälle erlitten hatten und für welche nach dem Unfallversicherungsgesetze erstmals im Jahre 1897 eine Entschädigung festgesetzt wurde, auf 45 971.

Die Ziele der staatlichen Arbeiterfürsorge werden in folgenden Sätzen zusammengefaßt. Vor Allem wird es das Bestreben des Staates sein müssen, zuverlässige, fortlaufende Erhebungen über die gewerblichen Arbeitsverhältnisse und das Bedürfniß nach Reformen auf diesem Gebiete zu veranstalten. Sodann obliegt dem Staate die Gewährung und Sicherung der zulässigen Koalitionsfreiheit. Auf wirthschaftlichem Gebiete haben sich die staatlichen Schutzmaßnahmen zuvörderst innerhalb gewisser Grenzen auf den Arbeitsvertrag und die Lohnauszahlung zu erstrecken. Des Weiteren muß der Staat das Schutzbedürfniß der Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit, Erwerbsbeschränktheit und Erwerbsunfähigkeit in den Kreis seiner Maßnahmen einbeziehen durch Regelung des Arbeitsnachweises, durch Begründung von Arbeiterversicherungen. Auch die Wohnungsgesetzgebung kommt hier in Betracht.

Den Arbeitern wird ferner die Möglichkeit zu geben sein, Streitigkeiten, welche aus dem Arbeitsvertrage bezw. aus der Arbeitsleistung herrühren, vor geeignet organisirten Einigungsämtern und Gerichten zum Austrag zu bringen.

Bezüglich des Gesundheitsschutzes werden Vorschriften über die Zulassung gewisser Arbeiterkategorien zu bestimmten Betrieben und über Dauer und Art ihrer Beschäftigung, sowie allgemein über die Betriebseinrichtung und Betriebsregelung zu erlassen sein.

In geistig-sittlicher Hinsicht einen genügenden Sonntagsruheschutz, den Volksfortbildungs- und Fachschulunterricht zeitgemäß organisiren, Vorkehrungen zu treffen, welche die Verbreitung von Bildung und Sitte unter der Arbeiterklasse befördern. Durch Aufstellung entsprechender Kontrolorgane dafür zu sorgen, daß die getroffenen Schutzbestimmungen auch in der erforderlichen Weise zur Ausführung gelangen. Ausdehnung der Arbeiterfürsorge auf alle gewerblichen Arbeiter, nicht allein auf die Fabrikarbeiter, sondern auch auf die Arbeiter im Handwerk und in der Hausindustrie.

Im Kapitel „Arbeitszeit" befürwortet Poellath Maßnahmen des Staats zum Zwecke der Verkürzung einer zu langen Arbeitszeit, „als gerade auf diesem Gebiete von Seiten der Unternehmer aus Konkurrenzrücksichten" freiwillige Maßnahmen nicht zu erwarten sein werden. Derartige Maßnahmen liegen auch im allgemeinen Staatsinteresse. Das letztere macht es, ganz abgesehen von der Wichtigkeit, im internationalen Wettkampfe über einen kräftigen, lebensfrohen Arbeiterstand zu verfügen, schon erforderlich behufs Erhaltung der Wehrfähigkeit der Nation. Der Arbeitsdauer müssen Grenzen gezogen werden, um der Gefahr einer körperlichen Entartung der Industriearbeiter vorzubeugen, wie eine solche anfangs des 19. Jahrhunderts in England zu verzeichnen war.

Für Bayern ergaben nach Poellath die Erhebungen, daß eine Regelung der Arbeitszeit in 34 Einzelgewerben oder Gewerbegruppen zu erwägen sei; unter diesen befinden sich auch vornehmlich die Sägearbeiter usw. In Bayern stellt sich nach den Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten die Arbeitszeit in folgender Weise dar:

78	Betr.	(1,0 pZt.)	mit	3119	Arbeit.	(1,0 pZt.)	unter 9 Std.
1051	„	(12,9 „)	„	43697	„	(14,7 „)	9—10 „
2855	„	(35,0 „)	„	140167	„	(47,1 „)	10—11 „
2255	„	(27,7 „)	„	85578	„	(28,8 „)	11—12 „
1907	„	(23,4 „)	„	24953	„	(8,4 „)	12 „

Ein Vergleich der Fabrikarbeitszeiten in Bayern in den Jahren 1885 und 1899 ergiebt, daß 1885 die Mehrzahl der Betriebe und Arbeiter 11—12stündige Arbeitszeit hatten, während 1899 die Meistzahl auf 10—11stündige Arbeitszeit entfällt. Von allen männlichen Arbeitern der Industrie, die bis zum Alter von 30 Jahren invalide werden, leiden mehr als die Hälfte an Lungentuberkulose und bis zum Alter von 40 Jahren an Lungenkrankheiten überhaupt, das gleiche Verhältniß ist bei den weiblichen Rentenberechtigten zu konstatiren.

Eine ständige Zunahme der Unfallstatistik ist zu verzeichnen. Z. B. waren in 1886 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften, ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerks- und Tiefbau-Berufsgenossenschaft, 92 319, im Jahre 1898 270 907 Unfälle angemeldet worden, dies macht auf 1000 Versicherte jedes Jahr 25,86 bezw. 42,89 Unfälle. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden nachstehenden Zahlen von Verletzten eine Entschädigung festgestellt:

Jahr	Absolut	Auf 100 Versicherte jedes Jahres
1886	9723	2,72
1890	26403	5,29
1895	33728	6,24
1896	38538	6,72
1897	41746	6,91
1898	44881	7,10

Die Zahl der Personen, für welche erstmalig Entschädigung festgestellt worden ist, stieg in dem Zeitraum von 1886 bis 1898 in der Unfallversicherung Deutschlands überhaupt:

Jahr	Versammt	Todt	Auf 100 Verletzte: Todt	Erwerbsunfähig völlig	Erwerbsunfähig theilweise	Erwerbsunfähig vorübergeh.
1886	10613	2848	26,83	4,64	38,84	29,69
1898	98023	7984	8,15	1,16	49,33	41,36
Gewerbliche Berufsgenossenschaften:						
1886	9796	2536	25,89	3,50	39,65	30,96
1898	44881	4613	10,28	1,20	49,79	38,73
Bau- und Tiefbauberufsgenossenschaften:						
1888	174	50	28,73	2,30	43,68	25,29
1898	1249	136	10,89	2,40	47,40	39,31

Treffender kann wohl die mangelhafte Befolgung und Beaufsichtigung der Betriebe nicht gekennzeichnet werden, wie in obigen Zahlen. Das Gleiche gilt von der Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren, der jugendlichen Arbeiter von 14—16 Jahren und der Arbeiterinnen über 16 Jahre. Es waren beschäftigt

Im Deutschen Reiche:

Jahr	Kinder unter 14 Jahren	Junge Leute von 14—16 Jahren	Arbeiterinnen über 16 Jahre
1892	11339	208835	576433
1899	7408	294006	798408
In Bayern:			
1892	1642	15419	50104
1899	2551	22085	65814

In Bayern neben der unverhältnißmäßig großen Zunahme der Arbeiterinnen und jugendlichen Leute eine gewaltige Steigerung der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren. Dabei wurden im deutschen Reiche im Jahre 1898 in 2658 Betrieben Ueberarbeiten an Wochentagen, außer Samstags, gestattet, und zwar für 174 513 Arbeiterinnen, es kommen also auf einen solchen Betrieb durchschnittlich 20,8 Ueberarbeitstage oder auf eine Arbeiterin in solchen Betrieben jährlich 22,6 Ueberstunden. Obendrein erhielten nach § 138a Abs. 5 368 Betriebe für 8815 Arbeiterinnen an Samstagen die Bewilligung zur Ueberzeit.

Zieht man hier noch in Betracht, in welch' großer Anzahl von Betrieben die gesetzlichen Bestimmungen an sich schon umgangen werden, so erscheint es einfach unbegreiflich, wie Poellath zu dem Schlusse kommt, „die Frage, ob sich eine Verschärfung des Wöchnerinnenschutzes empfiehlt, kann als eine offene, gegenwärtig jedenfalls nicht vordringliche bezeichnet werden." (!!) Ebenso wird konstatirt, daß bei den im vergangenen Jahre auf Anregung des Reichstages vorgenommenen Erhebungen über die Nothwendigkeit einschränkender Vorschriften für die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen für Bayern (!) festgestellt wurde, „daß trotz der mit der Frauenarbeit verbundenen Nachtheile weitgehende Beschränkungen oder gar Ausschluß der Frauen von der Fabrikbeschäftigung in keiner Weise befürwortet werden kann".

Mit dieser Auffassung stimmten die Berichte in den übrigen Bundesstaaten ebenfalls überein. Trotz dieser Auffassung über den weiteren Ausbau des Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzes, der sich heute in Deutschland nicht in vorwärts strebender Linie befindet, sondern zu einem latenten Stillstand sich entwickelt hat, machen die verschiedenen Hinweise auf die Arbeiterfürsorge, wie dieselbe sein sollte, das Büchlein sehr lesenswerth, zugleich die Arbeiter und ihre Organisationen daran erinnernd, wie viel noch zu thun für dieselben sich erübrigt, um „die Hindernisse zu überwinden, damit kein Stillstand eintritt in all' den vielseitigen und lebendigen Bestrebungen, welche auf eine Hebung der Arbeiterbevölkerung sowie vermehrten Schutz der gewerblichen Arbeiter hindrängen, derselben Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche der persönlichen Menschenwürde entsprechen; dieselben endlich geistig wie sittlich auf eine Stufe zu erheben, auf welcher sie im Stande ist, sich zum eigenen wie zum Gesammtwohle am Kulturfortschritt zu betheiligen".

A. Raith.

Der Arbeiter als Arbeitgeber.

(Eine zeitgemäße Betrachtung.)

So lautete die Ueberschrift eines Artikels in Nr. 21 der „Holzarbeiter-Zeitung". Abgesehen von einigen Wahrheiten, ist dieser Artikel recht einseitig und oberflächlich gehalten. Daß Arbeiter bei Bewilligung von Beamtengehältern sich oftmals von den kleinlichsten Motiven leiten lassen, davon kann Schreiber dieser Zeilen, der selbst Gewerkschaftsbeamter ist, ein Lied singen. Man kann sich doch aber bei der Beurtheilung dieser Frage den kritischen Blick bewahren, und nicht Alles, was diesbezüglich von Seiten der Angestellten erstrebt wird, gut heißen. Wer wollte behaupten, daß ein Gehalt von ℳ 2000 pro Jahr speziell für die Großstädte zu hoch bemessen sei, gewiß kein vernünftiger Mensch, und doch erreichen die meisten Beamten, die in den Arbeiterinstituten thätig sind, diese Höhe des Gehalts nicht. Ist mir doch bekannt, daß der Expedient einer weit verbreiteten Arbeiterzeitung („Mecklenb. Volkszeitung". Die Red.) ein Anfangsgehalt von ℳ 800 erhalten hat. Daß solche Gehälter in einem Arbeiterinstitut gezahlt werden, ist einfach skandalös, und man kann mit Recht sich darüber empören. Forschen wir aber nach dem Grunde dieses Verhaltens, so wird er in den meisten Fällen auf die tief traurigen Verhältnisse, in welchen sich diese Arbeiter als Arbeitgeber befinden, zurückzuführen sein. Aus denselben Ursachen läßt sich auch wohl das Verhalten der Vertreter der Berliner Ortskasse der Maler, worauf in dem Artikel hingewiesen wurde, erklären. Die Vertreter der Arbeitgeber traten für die Erhöhung der Beamtengehälter ein, weil ihre Lebenslage eine bessere, wenigstens keine schlechtere, als die der Kassenbeamten war. Während die Arbeitervertreter aus entgegengesetzten Ursachen, sich zu der Erhöhung ablehnend verhielten.

Das in dem Artikel angeführte Beispiel von den armen Arbeitgebern und dem armen Staat kann wohl nicht beanspruchen, ernst genommen zu werden. Bei den Erstgenannten dürfte, abgesehen von einigen Ausnahmen, die vorgeschützte Armuth immer eine fingirte sein. Der Letztere übt als Klassenstaat nur nach unten diese Sparsamkeit, nach oben ist er mit seinen recht hohen Gehältern bekanntlich sehr freigebig. Die erwähnte Scharfmacherzunft zahlt an ihren Generalsekretär gewiß ein recht hohes Gehalt, wie hoch aber auch dieses Gehalt sein mag, so wird es doch das Einkommen Derjenigen, die es zahlen, nie übersteigen, während die Arbeiter bezüglich ihres Lohnes zu den Gehältern ihrer Beamten fast immer im umgekehrten Verhältniß stehen. Damit soll nun nicht die Knickerigkeit und Filzigkeit der Arbeiter als Arbeitgeber gebilligt, sondern nur erklärt sein.

Andererseits machen sich aber in der Neuzeit Bestrebungen bemerkbar, denen man ganz entschieden entgegentreten muß. Das Hamburger Gewerkschaftskartell bewilligte seinen Arbeitersekretären ein jährliches Gehalt von *M* 2500; nach einem halben Jahre kommen nun diese Sekretäre und verlangen, daß das Gehalt mit jedem Jahre ihrer Thätigkeit um *M* 100 bis zum Höchstbetrage von *M* 3000 gesteigert werde. Wenn auch das Gewerkschaftskartell einstimmig das Ansinnen der Sekretäre zurückwies, so erscheint mir doch das Bestreben, welches sich ja auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung bemerkbar macht, sehr bedenklich. Der Vorstand der Metallarbeitergewerkschaft plant ebenfalls eine solche Steigerung bis zu *M* 3000. Die Vereinigung „Arbeiterpresse", Gruppe I, will das Höchstgehalt sogar auf *M* 3600 bemessen wissen.

Nun frage ich denn doch, womit will man diese Bestrebungen begründen? Etwa mit den Grundsätzen der bürgerlichen Gesellschaft? Es scheint fast so, als wenn diese Leute sich die Welt anders als nach diesen Grundsätzen zurechtgelegt garnicht vorstellen können. Gewiß giebt es auch bezüglich der Gehälter keine starre Grenze; werden aber Gehälter, wie im Vorstehenden, für die Sekretäre angegeben, bezahlt, und die doch jeder Unbefangene als auskömmlich bezeichnen muß, so hätte eine Erhöhung derselben nur dann eine Berechtigung, wenn die Lebensbedürfnisse, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. mit jedem Jahr eine im Verhältniß zu der Gehaltsaufbesserung stehende Preissteigerung erfahren würden, oder auch die Lebenslage Derjenigen, welche die Gehälter zahlen müssen, und das sind die Arbeiter, sich bedeutend verbessern würde. Daß in England die Führer der Tradesunions noch höhere Gehälter beziehen, als sie vorstehend gegenannt sind, ist richtig, und auch allgemein bekannt. Ich würde es aber tief bedauern, wenn Zustände, wie sie in der englischen Arbeiterbewegung vorherrschend sind, auch bei uns in Deutschland Eingang finden würden.

Was die geplante Pensionirung der Beamten anbetrifft, so läßt sich im Prinzip nichts dagegen einwenden. Allen Menschen, sofern sie sich auf der Welt nützlich machen, sollte die Gewähr gegeben sein, wenn ihre Kräfte aufgebraucht sind, daß sie in ihren alten Tagen vor Hunger geschützt sind. Eine andere Frage ist aber die, ist dieser Plan möglich, ohne den wirklichen Zweck, alle die bis jetzt getroffenen Einrichtungen zu gefährden? Bei dem gegenwärtigen Stand der Gewerkschaften erscheint mir doch dieses Bestreben ein sehr gewagtes Experiment zu sein. Wenn man sich auf den Staat beruft, daß der auch seine Beamten pensionirt, so soll man nicht vergessen, daß dem Staate ganz andere Machtmittel zu Gebote stehen, seine Steuern einzutreiben, wie uns bei der Einkassirung unserer Beiträge zur Verfügung stehen. Aber immerhin ist diese Frage für mich keine Frage des Prinzips, sondern der Durchführbarkeit. Und nun noch ein paar Worte zu der zitirten Aeußerung des Genossen Xaver Riepold, von der sich besser dünkenden Kaste. Ist denn diese Befürchtung, es könnte sich innerhalb der Arbeiterbewegung eine solche Kaste herausbilden, so einfach von der Hand zu weisen? Wer nur ein wenig geschichtliche Kenntnisse besitzt, wird überall die Kasten- und Cliquenbildung mit ihren Sonderbestrebungen nachweisen können, und wer die heutige Welt nicht durch eine blaue Brille, sondern durch die kritische Lupe betrachtet, kann diesbezüglich sehr interessante Wahrnehmungen machen, und die Beamten innerhalb der Arbeiterbewegung sind denn doch keine besseren Menschen, als alle anderen Sterblichen. Ich würde es deshalb auch sehr bedauern, wen die Kritik von Seiten der Arbeiter ausbleiben würde. Mit dem Hinweis, daß man damit Wasser auf die Mühlen der Unternehmer leite, kann man jegliche Kritik innerhalb unseren Reihen unterbinden.

Mögen die Führer der Arbeiterbewegung mit ihren eigenen materiellen Bestrebungen die bescheidene Grenze innehalten, und mögen sie nie vergessen, daß der große, auf allen Gebieten des wirthschaftlichen und politischen Lebens sich vollziehende Kampf für die Enterbten, Geknechteten und Ausgebeuteten geführt wird, und daß es auch die Zuletztgenannten sind, die fast ausschließlich dafür die Kriegskosten zu zahlen haben. Sollte der Idealismus aufhören, in unseren Reihen die treibende Kraft zu sein, dann bangt mir vor der Zukunft, dann könnte der Zeitpunkt eintreten, wo wir wohl noch Offiziere, aber keine Mannschaft mehr besitzen. **H. L.**

* * *

Auf den Artikel des Kollegen L. in Nr. 21 einzugehen, ist schon deswegen gefährlich, weil in dieser Frage das ganze Heer der Redakteure, Vorstandsmitglieder, Gauvorsteher und sonstigen „besoldeten Mitgliedern" ganz naturgemäß auf Seiten des Kollegen L. steht, und andererseits ein Nörgler gerade bei dieser Frage damit rechnen muß, als Querulant bezeichnet zu werden; handelt es sich doch um das liebe Brot. Wird es dennoch gewagt, so geschieht es deshalb, weil eben eine ganze Reihe von Mitgliedern sich erlaubt, anderer Meinung zu sein, und zwar dies bei allem Gerechtigkeitssinn. Die angeführten, aus den Kreisen der Metallarbeiter stammenden Gründe, werden von unseren Kollegen mehr oder wenigre getheilt, und sollen deshalb hier nicht weiter berührt werden. Ein wichtiges Moment hat Kollege L. bei seinen Untersuchungen aber ganz außer Betracht gelassen; nämlich die Sicherheit der Stellung und deren Bewerthung. Ist denn die Stellung der Gewerkschaftsbeamten mit der „dauernden Stellung", wie solche in Arbeitsangeboten nicht selten zu finden sind, in Vergleich zu ziehen? Schreiber dieses hat nun auch, d.h. wenn er hübsch artig bleibt (einige Bocksprünge verzeiht man wohl) eine dauernde Stellung, dazu im zehnstündigen Arbeitstage *M* 4 an Lohn im Akkord, giebt *M* 1200 jährlich.

Nun ist ein Tagelohn von *M* 4 ja durchaus nicht selten, aber wie Dr. Braun in der jüngsten Arbeit des Nürnberger Arbeitersekretariats ganz richtig sagt, wäre es durchaus verkehrt, wollte man den Wochenverdienst einfach mit 52 multipliziren und das Resultat als Jahresverdienst ansehen. Wie steht es nun damit bei den Verbandsbeamten? Kommen da auch unfreiwillige Feiertage, Krankheit usw. in Abzug? Und weiter. Trotz der dauernden Arbeit wird Schreiber nach halbjährigem Würgen es vorziehen, sich der Gefahr der Arbeitslosigkeit auszusetzen, da bei „der" Wühlerei „Freund Hein" dem dauernden Arbeitsverhältnisse bald ein Ende bereiten würde.

Und die Gewerkschaftsbeamten? Sterben bei achtstündiger Arbeitszeit, Ferien usw. in Folge Ueberanstrengung an der Proletarierkrankheit!! Aus dem Artikel spricht eben die „ungeheure Ueberlegenheit" der Kopf- gegenüber der Handarbeit! Zugegeben, daß wirklich tüchtige Kräfte nicht überreichlich vorhanden sind, muß man doch fragen, wie kamen die Beamten zu ihren Stellungen? Hätte ihnen im bürgerlichen Lager unter denselben Verhältnissen auch diese Laufbahn offen gestanden? Möglich, aber nicht wahrscheinlich. Denn dort war ein wohlgefüllter Geldbeutel des Vaters Erforderniß oder auch erste Vorbedingung. Dann mußte das proletarische Bewußtsein herhalten.

Ohne einen Einzelfall verallgemeinern zu wollen, möchte ich doch den Kollegen L. auf die Verhandlungen des jüngsten Bergarbeiter-Verbandstages aufmerksam machen. Immerhin beweisen solche Fälle, daß das proletarische Bewußtsein doch zuweilen schwindet. Mancher Kollege dürfte von den Krankenkassen- und sonstigen „Arbeiter"-beamten zu erzählen wissen. Und nun noch eines. „Entweder man ist zu arm usw." Dann wäre es also besser, die Arbeiten umsonst machen zu lassen, als einen Kollegen „möglichst" zu entschädigen. Das Umsonstarbeiten erfordert einen hohen Grad von Idealismus, der alle Anerkennung verdient. Wie muß es aber einem denkenden, und noch mehr für die Organisation wirkenden und sich aufopfernden Kollegen anmuthen, auf dem Verbandstage zu hören: „Entweder ich bekomme dies und dies Gehalt oder ich kündige!" Steckt in einem solchen Schreckschuß nicht ein gut Theil grober Materialismus? Jeder Arbeit der Lohn, der ihr gebührt, aber die Verhältnisse auch immer berechnen! In Summa: Mit *M* 2000 kann man sehr gut auskommen, verdienen aber unsere ärmsten Brüder erst einmal *M* 4 pro Tag, dann zahlt die Organisation ihren Beamten auch gern *M* 3000. War der Artikel kein „Fühler", dann um so besser für die Hauptkasse und die Mitglieder. Jedenfalls sind aber Mätzchen, wie das vom hungernden Kanarienvogel, ganz deplazirt.

Maximo.

Zur Lohnbewegung der Schreiner in Essen an der Ruhr.

Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, die am 1. Juni im „Alfredushaus" tagte, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage der Schreiner Essens nach den Ergebnissen der Fragebogen und den Mitteln, wie dieselbe zu bessern sei. Arrangirt war die Versammlung von der schon seit längerer Zeit bestehenden gemeinsamen Kommission des Deutschen und Christlichen Holzarbeiterverbandes. Kollege Treu führte ungefähr Folgendes an: Die niedergehende Konjunktur, in der wir uns befinden, wirft ihre Schatten auch auf die Berufe in der Holzindustrie. Die Krisis zeigt sich in Form von Arbeitslosigkeit, Arbeitsverminderung, Lohnkürzungen und schlechterer Behandlung. Die Gleichgültigkeit unter den hiesigen Schreinern biete den Arbeitgebern gerade jetzt die günstigste Gelegenheit, Lohnkürzungen erfolgreich durchzudrücken. Diese bedauerlichen Vorgänge werden selbstverständlich von Seiten der Organisationen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

Die gemeinsame Kommission hat nun durch Fragebogen feststellen lassen, wie die Verhältnisse am Platze liegen. Bei der vorgenommenen Umfrage habe man sich auf die allernothwendigsten Fragen beschränkt. Mit dem Einlauf der Fragebogen und deren Ausfüllung könne man im Allgemeinen zufrieden sein. Die Statistik erstreckt sich auf gut Dreiviertel der in Frage kommenden Schreiner und zwar auf 55 Werkstätten mit 721 im April beschäftigt gewesenen Kollegen. Die Krupp'schen Schreiner, 260 an der Zahl, sind mit eingerechnet. Auf die verschiedenen Unternehmer vertheilen sich die Beschäftigten folgendermaßen: 31 Arbeitgeber beschäftigen je bis zu 5, insgesammt 90 Gesellen; 14 Arbeitgeber je 6—10, zusammen 115 Gesellen; 3 Arbeitgeber je 11—20, zusammen 46 Gesellen; 4 Unternehmer je 21—30, zusammen 102 Gesellen; 3 Unternehmer je über 30, zusammen 368 Gesellen.

Von den 55 Werkstattfragebogen die bis zum 20. Mai eingelaufen sind, ist bei 7 Fragebogen die Anzahl der im April 1900 beschäftigten Gesellen nicht angegeben. Außerdem sind 3 Werkstätten vorhanden, die erst im Laufe des letzten Jahres entstanden sind.

Von den übrig bleibenden 45 Werkstätten waren im April 1900 724 Gesellen beschäftigt, während im April 1901 nur 623 Gesellen beschäftigt sind. Mithin sind in den genannten Werkstätten in diesem Jahre 101 Gesellen weniger als im Vorjahre beschäftigt. Ein weit ungünstigeres Bild ergiebt sich, wenn man die Krupp'sche Firma mit ihren 260 Schreinern ausschaltet. Es rechtfertigt sich dieses Vorgehen schon aus dem Umstande, als der Produktionszweig genannter Firma von dem allgemeinen geschäftlichen Niedergang garnicht in Mitleidenschaft gezogen wird, im Gegentheil, für Krupp und Konsorten infolge unserer Weltpolitik der Weizen mächtig blüht.

In den 44 Werkstätten (ohne Krupp) waren im April 1900 461 Schreiner beschäftigt, im April d. J. nur 363. Zieht man in Betracht, daß eine ganze Reihe von Arbeitgebern in den vorigen Jahren in der günstigen Geschäftszeit ein bis drei Gesellen beschäftigten, jetzt aber nur mit einem Lehrling arbeiten, so dürfte der Rückgang in der Zahl der Beschäftigten, auf 25 pZt. gerechnet, gewiß nicht zu hoch gegriffen sein.

Die tägliche Arbeitszeit währt für 450 Schreiner in 21 Werkstätten 10 Stunden, für 82 Schreiner in 6 Werkstätten 10½ Stunden, für 189 Schreiner in 29 Werkstätten 11 Stunden. Lassen wir die Schreiner des Krupp'schen Betriebes außer Betracht, so ergiebt sich, daß 240 Schreiner in 20 Werkstätten je 10 Stunden, 32 in 5 Werkstätten je 10½ und 189 Schreiner in 29 Werkstätten je 11 Stunden arbeiten. In Akkord arbeiten (ausschließlich Krupp) 246 Gesellen, in Lohn 235. Bei Krupp in Akkord 210, in Lohn 30 Gesellen.

Der Arbeitsverdienst beträgt

für	40 Schreiner	*M.* 3,—	bis *M.* 3,50,	pro Woche	*M.*	20,61
„	141 „	„ 3,55	„ „ 3,95,	„ „	„	22,74
„	70 „	„ 4,—	„ „ —,—,	„ „	„	24,—
„	48 „	„ 4,06	„ „ 4,20,	„ „	„	24,84
„	178 „	„ 4,25	„ „ 4,50,	„ „	„	26,46
„	219 „	„ 4,55	„ „ 4,95			

darunter 180 Krupp'sche mit *M.* 4,60 täglichem Akkordverdienst = *M.* 27,60 wöchentlich, über *M.* 5 bis 5,50, im Durchschnitt *M.* 5,48, verdienen 25 Gesellen; der Durchschnittsverdienst der an der Statistik Betheiligten beträgt demnach pro Tag *M.* 4,28, pro Woche *M.* 25,68, bei einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden 20 Minuten oder pro Woche 62 Stunden. Für Akkordarbeiter täglich im Durchschnitt *M.* 4,40, für Lohnarbeiter *M.* 4.

Im Allgemeinen steht der Verdienst etwas niedriger als ihn die Statistik ergiebt.

Ledig sind 357, verheirathet 364 Schreiner.

Redner führt des Weiteren aus, daß dieser Lohn bei den jetzigen Theuerungsverhältnissen unzureichend ist. Ferner ist die Arbeitszeit zu lang. Die außerdem festgestellten Mißstände, wie schlechtes Tageslicht, Stellung eigenen Werkzeuges, schlechte Behandlung, Ueberstundenunwesen, Werkstattordnungen, welche eher den Namen Strafordnungen verdienen, zwingen uns auf Besserungen zu dringen. Da jedoch erfahrungsgemäß der Einzelne dazu außer Stande sei, so müsse mit Hülfe der Organisation Abhülfe geschaffen werden.

Die Thatsache des Bestehens von zwei Berufsorganisationen fordere gebieterisch gemeinsames Handeln. Bei gemeinsamem Vorgehen sei auch auf Erfolg zu rechnen. Allseitiger lebhafter Beifall. In der Diskussion ergriff zunächst das Wort Kollege Worms, Vorsitzender der christlichen Organisation. Anknüpfend an das vom Referenten vorgetragene Material forderte auch er auf, nicht durch gegenseitige Animosität die Interessen der Gesammtheit zu schädigen, sondern ein Beispiel an den Unternehmerverbänden zu nehmen, nur die Berufsinteressen in's Auge zu fassen und alles Trennende bei Seite zu lassen, wo es gelte, um das tägliche Brot zu ringen. Der Verband der Industriellen beweise uns durch sein Thun zur Genüge, bis zu welchem Grade die Arbeiter degenerirt werden sollen. Auch dieser Redner erntete für seine Ausführungen, die darauf hinausgingen, durch einmüthiges Vorgehen für die Gesammtheit den Kollegen ein einträglicheres Dasein zu schaffen, den ungetheilten Beifall der Versammlung. Kollege Ostkamp, dem alsdann das Wort ertheilt wurde, drückte seine Zufriedenheit über den Verlauf der heutigen Versammlung aus. Die Zeit sei hoffentlich vorüber, welche die Arbeiter in dem Wahn befangen hielt, daß gegenseitige Bekämpfung das nothwendigste Ziel bedeute. Der gesunde Verstand und die augenblickliche wirthschaftliche Misére scheine auch in den Köpfen der Arbeiter einen logischen Gedankengang zu erzeugen. Mit dem immer engeren Anziehen des Schmachtriemens gewinnen die Arbeiter es wieder über sich, ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen mehr Aufmerksamkeit entgegen zu bringen. Die gegenseitige Verhetzung mit all ihren Nachtheilen wird in ihrer Wirkung immer mehr erkannt, die Macher und Protektoren dieses Systems fallen der allgemeinen Verachtung anheim. Um nun auch nach außen hin die Meinung und den Willen der beiden hiesigen Holzarbeiterorganisationen festzulegen, empfiehlt Redner nachstehende Resolution zur Annahme:

„Die heutige Versammlung erkennt, auf Grund der aufgenommenen Statistik, daß die Lage der Schreiner in Essen den gegenwärtigen theuren Lebens- und Wohnungsverhältnissen nicht entspricht. In Erkenntniß der Thatsache, daß nur mit Hülfe einer festgefügten Organisation Besserungen zu erzielen sind, beauftragten wir die gemeinsame Kommission, Mittel und Wege in Vorschlag zu bringen, um durch gemeinsames Vorgehen eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden, einen Durchschnittswochenlohn von *M.* 25 und wöchentliche Lohnzahlung zu erreichen. Zur Erlangung dieses Zieles ist es nothwendig, daß in erster Linie die Kollegen in die bestehenden beiden Organisationen hineingezogen werden und die Verbände alsdann die Beschlüsse der gemeinsamen Kommission strikte befolgen."

Im weiteren Verlaufe der Diskussion sprachen noch die Kollegen Gohres (freie Gewerkschaft), Georgi und Bissels (christliche Gewerkschaft) im Sinne des Referenten, wie auch für Annahme der Resolution. Der Letztere nannte Diejenigen, welche sich selbst der Gewerkschaft nicht anschließen, aber doch die von derselben erkämpften Vortheile ausnutzen, wirthschaftliche Freibeuter. Der Schluß der durch keinen Mißton gestörten Versammlung erfolgte erst um Mitternacht, nachdem die Resolution einstimmige Annahme gefunden.

Rundschau.

Ein handwerksgenossenschaftlicher Instruktions- und Revisionsverband sollte in einer Konferenz, die am 15. Mai im Reichstagsgebäude zu Berlin tagte, gegründet werden. Der spiritus rector des neuesten Kuriosums von Verbandsgründungen ist der durch billige Uebernahme von Malerarbeiten im Submissionswege bekannte Malermeister Korthaus in Osnabrück. Wir wissen nicht genau, ob er auf dem Gebiete der Uebernahme billiger Anstricharbeiten schlechte Erfahrungen gemacht hat, daß er später auf den vom Standpunkte eines billig arbeitenden, jede Konkurrenz ausschließenden Handwerkers auf die Idee kam, eine Genossenschaft zu gründen, die billiger als der Krämer Farbe, Oel und Lack liefern könne. Dieser Korthaus ist dann auf diversen Handwerkertagen mit seiner vorzüglichen Osnabrücker Genossenschaft hausiren gegangen und hat es denn auch fertig gebracht, daß eine Anzahl Genossenschaften nach seinem Muster gegründet wurden. Nun hat sich aber nach seiner Meinung ein Mißstand eingeschlichen, der dringend der Abhülfe bedarf. Es ist nämlich ein Revisionsverband nothwendig geworden, der die Aufsicht über die Genossenschaften führt. Flugs ist Korthaus dabei, arbeitet einen langen Vortrag aus, veranlaßt, daß Sekretäre von wer weiß wie vielen Handwerkskammern eingeladen werden und dann paukt er los. Diesmal ging das aber nicht so glatt. Die Handwerkskammern waren außer Korthaus mit 25 Personen vertreten, die jedenfalls in ihrer Mehrheit den Standpunkt wahrten, daß die Gründung und Beaufsichtigung der Handwerkergenossenschaften Sache der Handwerkskammern sei. Es hat sich darüber eine heftige Debatte entsponnen, die auf Antrag des Kasseler Sekretärs ausgesetzt wurde, weil sie sich gar zu sehr zuspitzte. Am anderen Tage hat dann Korthaus „seinen" Vortrag gehalten, aber sehr geringe Gegenliebe seitens der den Zentralgenossenschaftskassen angehörenden Vertreter gefunden. Die wollen nämlich ihre Genossenschaften selbst verwalten und sich nicht unter die Botmäßigkeit der Handwerkskammern stellen. Man hat dann schließlich eine siebengliedrige Kommission gewählt, die im Sinne Korthaus', d. h. der Sekretäre, wirken soll, aber nützen wird es vorläufig nichts, wenngleich ihr auch Korthaus angehört. Der Revisionsverband als Zentralstelle im Handwerkergenossenschaftswesen wird wohl noch etwas auf sich warten lassen, da auch nach unserer Meinung die Handwerkergenossenschaften Organisationen sind, die auf freier Vereinbarung der Genossen beruhen, und daher nicht der Handwerkskammer unterstehen, sondern für sie lediglich die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes maßgebend sind.

Die gegen die Lehrlingszüchtung gerichteten Maßregeln der deutschen Handwerkskammern werden im „Arbeitsmarkt" zusammengestellt. Von 45 in die Uebersicht einbezogenen Handwerkskammern hat die starke Hälfte (24) von ihren gesetzlichen Befugnissen bis jetzt keinerlei Gebrauch

gemacht. 9 weitere haben die Angelegenheit noch verschoben, aber die Bedürfnißfrage anerkannt, oder von Fall zu Fall geprüft. 7 Kammern haben allgemeine Grundsätze über das Verhältniß der Lehrlingszahl zu der Gesellenzahl aufgestellt. Es sind dies die rheinischen Kammern Köln, Düsseldorf, Aachen, Koblenz, Wiesbaden, außerdem Arnstadt und Oldenburg. Den genauen Weg, die Höchstzahl der Lehrlinge für jedes einzelne Gewerbe zu bestimmen, haben die bayerischen Kammern betreten. So München mit einer alphabetischen Liste von 45 Berufen, ähnlich Regensburg, in kleinerem Maßstabe Würzburg. Außerhalb Bayerns hat bis jetzt nur Bromberg dieses Beispiel nachgeahmt. Ueber ein einzelnes Gewerbe (Schlosserei) hat sich Stralsund gutachtlich geäußert. Nach einer Mittheilung des genannten Blattes ist der Gegenstand auf die Tagesordnung des zweiten deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages gesetzt, der im Herbst dieses Jahres zusammentreten soll.

Bauarbeiterschutz im Herzogthum Sachsen-Koburg-Gotha. Nach einer Mittheilung unseres Parteiorgans „Volksblatt für Koburg und Gotha" hat die gothaische Regierung dem Landtag durch eine Erklärung des Regierungsraths Dr. Dietzsch einen Entwurf zum Schutz der Bauarbeiter in Aussicht gestellt.

Korrespondenzen.

Biberach. Die „Eiche", das Organ der Tischler Hirsch-Duncker'scher Richtung enthält in Nr. 18 eine Erwiderung auf einen Bericht in Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung", die beweist, daß wir mit unserer Kritik den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Wir sollen zwar dem hiesigen Ortsverein gegenüber die Wahrheit auf den Kopf gestellt haben, wie sie, die Herren vom Gewerkverein, es schon seit Jahren an uns gewöhnt sein wollen; aber wir wollen sogleich zeigen, auf welcher Seite geflunkert wird. Wir sollen das gute Einvernehmen zerstört haben? Wer war es, der im vorigen Jahre die Hand zum Frieden bot, um gemeinsam in eine Lohnbewegung einzutreten? Wir waren es. Ohne uns hätten die Herren des hiesigen Ortsvereins garnichts beginnen können. Sagte doch selbst der frühere Bezirksvertreter des Gewerkvereins, Knödler aus Göppingen, in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung, daß die Mitglieder des hiesigen Gewerkvereins — vermeiden wir, dessen drastischen Ausdruck zu wiederholen, sondern sagen wir dem Sinne nach — impotent sind, um etwas ausrichten zu können. Der Mann muß es doch wissen! Wie es mit dem angeblichen „guten Einvernehmen" stand, beweist die letzte Gewerbegerichtswahl. Da lehnten die Herren es rundweg ab, von zehn Kandidaten auch nur zwei von uns auf ihre Liste zu stellen. Wer störte denn hier das gute Einvernehmen? Wir vielleicht? Aber weiter. Warum wurde bei dem Meister, der aktives (nicht Ehrenmitglied) des h. Ortsvereins ist, erst dann entdeckt, daß dort noch länger als zehn Stunden gearbeitet wird, als wir die Kontrole erwähnten. Unsere Behauptungen bezüglich der Baumgärtner'schen Werkstatt sind wahr; es ist öfter vorgekommen, daß die ganze Nacht hindurch geschunden wurde, und doch scheint man diese Thatsache nicht wahr haben zu wollen. Köstlich ist die Bemerkung in der „Eiche", daß dort im Sommer wohl etwas Ueberstunden gemacht werden, um, wenn im Winter das Geschäft etwas flauer geht, keine Entlassungen vorzunehmen. Von der alten Binsenwahrheit, daß nicht durch Ueberstunden, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit eingeschränkt wird, haben, wie es scheint, die Biberacher Hirsche noch nichts gehört noch gelesen. Ein Blick nach Laupheim, woselbst man sich im Sommer schon um 3 Uhr Morgens in die Fabrik geschlichen und bis Abends 8 Uhr gearbeitet hat, und im Winter sieben und acht Stunden bei reduzirten Löhnen schaffte, giebt darüber treffliche Auskunft. Bemerkt sei, daß es uns absolut nicht um persönliche Gehässigkeiten zu thun ist; wir sind jederzeit bereit, mit den Hirsch-Duncker'schen gemeinsam die Interessen der hiesigen Schreiner zu vertreten, aber wir lassen uns trotzdem keine Kritik streitig machen, wenn eine solche berechtigt ist. Im Uebrigen bemerken wir, daß selbst ein großer Theil der hiesigen Gewerkvereinsmitglieder mit dem Verhalten ihrer Ausschußmitglieder gegenüber den anderen Gewerkschaften nicht einverstanden ist. Mögen die Herren zunächst, weil im Allgemeininteresse liegend, ihre Taktik ändern, dann werden wir Versuche machen, ob es gemeinsam nicht besser vorwärts geht.

Blankenburg am Harz. Jetzt zur Sommerzeit hört man überall, wie schön mag es wohl im Harze sein. So mancher Kollege hatte wohl das Inserat gelesen, daß Tischler nach hier auf weiße Möbel gesucht wurden. Es standen von demselben Fabrikanten auch Gesuche in verschiedenen Lokalblättchen, wie z. B. solcher in Halberstadt, Naumburg. Die Aufnahme des Inserats wurde von der Lokalverwaltung gutgeheißen, da es doch besser war, organisirte Kollegen als unorganisirte hierher zu bekommen. Nun aber geschah Unglaubliches; wie vom Himmel geschneit kamen Tischler, drei bis fünf Mann jeden Tag. Ungefähr 15 Mann haben hier Arbeit erhalten; aber durch den großen Zuzug konnte man auch gleich einen Umschwung in der Stimmung wahrnehmen. Aus allen Werkstätten hört man Klagen über grobe Behandlung seitens der Arbeitgeber. Ganz besonders ist dieses von der Fabrik Harzer Holz-Industrie zu sagen. Dort fliegen die „gebildeten" Redensarten nur so herum, und bei jeder Gelegenheit heißt es: „Es laufen so viele Tischler in der Welt herum, daß man nur zur Thür herausgreifen braucht, um sie sich hereinzulangen." An diesem Getriebe sind aber die Kollegen selber schuld. Ein Theil schließt sich dem Verbande deshalb nicht an, weil, wie man verrückterweise sich ausdrückt, die Verwandschaft sich seiner schämen müsse, da man mit den „Arbeitern" in einem Lokal verkehre. (Diese Sorte Kollegen, die ihr Fernbleiben mit solchen verrückten Gründen rechtfertigen, lasse man doch zu allen Teufeln laufen. Die Red.) Ein anderer Theil gehört zwar dem Verbande an, läßt sich aber nur selten in einer Versammlung sehen. Ja, es giebt hier noch Leute, die trotz der Behandlung, die ihnen zu Theil wird, behaupten, nicht einmal einen Fabrikausschuß nöthig zu haben, da sie Alles in eigener Person besorgen können. Dafür gehen sie dann auch öfter mit ℳ 15 bis ℳ 16 nach Hause. Es hat hier Zeiten gegeben, daß ein fremder Tischlergeselle eine Delikatesse war; die Arbeitgeber auch mit ihren Arbeitern in gutem Einvernehmen lebten. Dieses hat nun manche Kollegen so verwirrt, daß, als wir im vorigen Jahre in eine Lohnbewegung eintreten wollten, die guten Leutchen garnicht wußten, wie sie eine solche ihrem Meister am besten vom Leibe halten konnten, damit der gute Mann ja keinen Schaden erlitt. Es wurden trotzdem Kleinigkeiten errungen. Aber „wo bist Du Sonne geblieben?" Ueberall bröckelt ein Stück nach dem anderen ab und bald ist nicht mehr viel davon übrig. In der Möbelfabrik wird ausschließlich in Akkord gearbeitet. Die einzelnen Preise sollten nach dem Naumburger Tarif, woselbst der Besitzer früher als Kompagnon in einer Möbelfabrik war, festgesetzt sein. Aber nach näherer Erkundigung wurde bemerkt, daß die einzelnen Stücke um 25—50 ₰ billiger eingesetzt waren. Im Winter wurde versprochen, wenn erst die neuen Räume fertig sind, solle es besser werden, und sie sollten dann mehr verdienen. Auch bei der Einweihung dieser Räume wurde manche kräftige Rede gehalten, die darin gipfelten, daß das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber stets ein gutes sein soll usw. Kollege Braune, welcher hierauf im Namen seiner Kollegen erwiderte, gebrauchte als Einleitung das Sprüchwort: „Was man heut' verspricht auf Ehr', hält man morgen vielleicht nicht mehr." Aber es ist auch wirklich so geworden. Von der besseren Aussicht ist nichts erschienen. Dem Arbeitgeber ist's nicht zu verdenken, denn er hat das Recht, die Arbeitskraft so billig wie möglich zu kaufen; der Arbeiter aber die heilige Pflicht, sein einziges Vermögen, seine Arbeitskraft, so theuer wie möglich zu verkaufen. Hier aber kann nur die Organisation helfen. Darum, Kollegen Blankenburgs, wird es doch wohl bald einmal Zeit, daß Ihr Hand an's Werk legt, und durch einiges Zusammenhalten Eure schlechte Lage verbessert. Die reisenden Kollegen möchten wir bitten, doch uns jetzt nicht gar zu sehr zu belästigen; sollten sie aber doch unser schönes Harzstädtchen besuchen, erst im Verkehrslokal sich erkundigen, wie im Augenblick die Dinge liegen.

Dresden. (Stellmacher.) Die parteiische Handhabung des Arbeitsnachweises der Wagner und Stellmacher-Zwangsinnung hierselbst wurde in einer am Sonnabend, den 18. Mai, stattgefundenen Versammlung scharf kritisirt. Betont wurde, daß neu zugereiste Stellmacher bei Herrn Pietsch, Stärkengasse 16 (welcher Geschäftsführer des betreffenden Arbeitsnachweises ist), sofort Arbeit erhielten, während ältere hiesige Kollegen, die schon lange am Orte arbeitslos sind, nicht berücksichtigt würden. Beschlossen wurde, daß der Gesellenausschuß bei der Innung gegen die inkonsequente Geschäftsführung protestiren soll. Der Holzbearbeitungsfabrikant M. Voigt, Lutherstraße 21, hatte auf Veranlassung der Kontrolkommission die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Jetzt macht er den Versuch, sie wieder auf elf Stunden auszudehnen. Die Kollegen sind aber entschlossen, das Ansinnen des Unternehmers zurückzuweisen. Organisirt sind sie zwar noch nicht. Hoffentlich begreifen sie aber bald, daß es nothwendig ist.

Garmisch. Hoch oben in freien Bergeshöhen, im Thale geknechtetes Proletariat, unter ihm auch die hiesigen Holzarbeiter. Abgezehrt und gebeugt von der Wucht der Arbeit und der spärlichen Nahrung wandeln sie einher in ihrem Stumpfsinn, statt sich aufzuraffen, zu kämpfen mit vereinten Kräften für ihr eigenes Wohl, für ein menschenwürdiges Dasein. Gerade hier treten die Gegensätze am deutlichsten vor Augen. Auf der einen Seite Nichtsthun, Luxus, Ueppigkeit und Wohlleben im Ueberfluß, auf der anderen schwere Arbeit und doch Hunger und Elend unter den Massen. Das trifft ganz besonders auf die hiesigen Holzarbeiter zu. Am 19. Mai sprach hier Kollege Göttfried aus München über: „Die Ursache der ungünstigen Geschäftskonjunktur im Schreinergewerbe, und was können die Arbeiter dagegen thun?" in beredten eindringlichen und überzeugenden Worten. Leider war, obwohl zur genannten Versammlung eine rege Agitation entfaltet war, der Besuch schwach. Die Kollegen gehen lieber ihrem Vergnügen nach, statt sich der Organisation zuzuwenden. Unsere Errungenschaften von 1898 sind infolge der Krise und der — Gleichgültigkeit der hiesigen Kollegen verloren gegangen. Bei einem Lohn von ℳ 3—3,50 angesichts der theuren Lebensmittelpreise führen wir natürlich kein Schlaraffenleben. Es wäre wirklich Zeit, daß die Kollegen sich aufraffen, damit es auch hier besser würde

Goslar. Wie schon telegraphisch gemeldet, sind hier auf der „Harzer Patentstuhlfabrik A. Knöchelmann" Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich um eine Maßregelung von sechs Kollegen. Dieselben sind von dem Inhaber, Herrn Oberrevisor Wilhelm Schärf, nach vorausgegangenen Verleumdungen und Verdächtigungen gekündigt. Der ehemalige Verbandskollege und Bevollmächtigte Robert Stolte, sowie der ehemalige Verbandskollege Gustav Fischer haben dem Besitzer Handlangerdienste erwiesen, indem sie verschiedene Kollegen verdächtigten, träge, faul und aufhetzerisch zu sein. Dieses ist in einer Versammlung der betreffenden Kollegen, unter dem Vorsitz des Gauvorstehers, Kollegen Bartels, erwiesen. In der Kündigung der theilweise ältesten Kollegen, die zugleich dem Arbeiterausschusse angehörten, sahen die übrigen Kollegen eine Maßregelung, und haben diese nun ihrerseits ebenfalls die Kündigung eingereicht, um den Besitzer zu veranlassen, seine Kündigung zurückzunehmen und um ihm zu zeigen, daß er sich in ein falsches Fahrwasser hat leiten lassen. Da nun der Besitzer mindestens drei Wochen auf Reisen ist, so haben wir seinen Werkführer beauftragt, dem Chef dieses sofort mitzutheilen, worauf uns Letzterer sagen ließ, daß er die Kündigung nicht zurücknehme, und gehen könne, wer wolle. Daraufhin haben elf Mann die Arbeit niedergelegt. Geblieben sind nur die beiden Denunzianten, sowie ein Drechsler, der aber auch gekündigt hat. Da die Geschäftskonjunktur hier gut ist — es wird hier sehr viel Bauarbeit angefertigt —, so ist Aussicht vorhanden auf eine baldige Beilegung zu unseren Gunsten. Wir ersuchen alle Kollegen, den Zuzug nach hier streng fern zu halten.

Hamburg (Korkarbeiter). Eine am 24. Mai stattgefundene Versammlung beschloß nach längeren Ausführungen des Kollegen Sarnau, für die Korkarbeiter einen eigenen Arbeitsnachweis im Verkehrslokal bei Hilmer, Gänsemarkt, einzurichten und den Fabrikanten durch Zirkular Mittheilung davon zu machen. Gleichzeitig sollen auch die Kollegen in Skandinavien davon unterrichtet werden, damit die Zugereisten von dort nur auf unserem Nachweis anfragen.

Landau. Ueber die Werkstätte des Schreinermeisters Kugler ist die Sperre verhängt. Daß die Verhältnisse dort ungünstige sind, liegt viel an den Kollegen selbst. So kommen von der Möbelfabrik Seiler Diejenigen, welche eine oder mehrere Wochen sozusagen für ein Butterbrod gearbeitet haben, nach Kugler, um dort auch nicht anders, als ungenügend bezahlt zu bekommen. K. sagt sich mit Recht, wenn die Leute alle von S. weglaufen und zu mir kommen, muß es bei mir wohl noch besser sein. Die Folge ist, daß auch er, ebenso wie Seiler in Akkord arbeiten läßt, und erklärt, wer das nicht will, kann zum Teufel gehen; von Seiler kommen so Viele zugelaufen, als ich nur brauchen kann. K. hat nun Militärschränke zu fertigen angenommen und zahlt pro Stück ganze ℳ 8, und meint, zwei davon können ganz gut in 1½ Tag gemacht werden. Wenn nun auch die Maschine hilft, so gehören doch bei angestrengtester Thätigkeit mehr als zwei Tage dazu, um zwei Schränke zu machen. Herr K. ist natürlich nicht im Stande, vorzumachen, wie man in 1½ Tag zwei solcher Schränke macht. Am Samstag giebt's dann eine Abschlagszahlung, die nicht zur nöthigsten Wochenausgabe reicht. Das hat die Kollegen verschnupft, und daher die Verhängung der Sperre. Daß Herr K. nicht gut auf den Verband zu sprechen ist, wissen wir, ganz besonders wurmt es ihn, daß sein Name öfter in der „Holzarb.-Ztg." glänzt. Nun, daran läßt sich nichts ändern. Mag Herr K. sich von dem Einfluß seiner Frau freimachen, die nach unserer Meinung schuld an Allem ist. Mag er, wenn er sich etwas Achtung verschaffen will, an Samstagen selbst löhnen, und seine Frau aus dem Geschäfte lassen. Würde er weiter seine Arbeiter anständig behandeln und ihren Wünschen nur einigermaßen entgegenkommen, würde er nicht nöthig haben, immer auf Gesellensuche zu gehen. Vorläufig bitten wir, Zuzug streng fern zu halten.

Magdeburg. War das Arbeitsverhältniß bei dem früheren Vertrauensmanne der hiesigen Holzarbeiter und Gauvorstandsmitgliedes Fr. Winkler,*) bisher ein leidlich harmonisches zu nennen, so änderte sich dasselbe jedoch in unliebsamer Weise. Herr Fr. Winkler machte sich stets damit breit, daß er nach dem Tarif bezahlt. Im Januar d. J. versuchte er es, an den festgesetzten Preisen eine Reduzirung herbeizuführen, und zwar auf Flügelthüren. Im Vorjahre bezahlte Fr. Winkler für fünfviertelzöllige Flügelthüren ℳ 7,75 von der Maschine geliefert; versprach aber, bei den nächsten Thüren mehr zu geben. Zwei Kollegen bekamen im Januar 1½zöllige Flügelthüren in Arbeit, und erklärte Winkler nach Befragen des Preises: „Ihr habt früher ℳ 7,50 bekommen; na, da will ich 25 ₰ zulegen!" Auf die Vorstellung hin, daß er doch jetzt mehr geben müßte, erklärte er, noch 25 ₰ zulegen zu wollen. Aber nach Niederlegung der Arbeit fühlte er sich doch veranlaßt, den geforderten Preis von ℳ 9 zu zahlen. Nun war ja Alles in Ordnung. Aber Meister Winkler ist nun einmal ein Mann, der gerne fühlen lassen will, daß er „Herr" im Hause ist. Herr Winkler bezahlte früher für Einsetzen einer Vierfüllungsthür mit Sockel ℳ 1,50, ohne Sockel ℳ 1,25; Flügelthüren ℳ 2,50, lieferte aber Nägel dazu. Jetzt, nachdem auswärts — in Salbke — eingesetzt werden soll, glaubte Herr Winkler verpflichtet zu sein, etwas weniger zu geben, und zwar wollte er 15 ₰ pro Thür abziehen, oder aber der Einsetzer solle die Nägel selbst bezahlen. Die meisten Geschäfte bezahlen nun aber nach auswärts pro Tag ℳ 1,50 Ueberlandgeld mehr. Auch davon wollte Winkler nichts wissen, sondern weil es auswärts ist und Salbke nach seiner Meinung zu Magdeburg gehört, etwas weniger geben. Sämmtliche dort beschäftigten Kollegen sind organisirt und forderten die Zurückziehung der Reduktion, sowie Einstellung der entlassenen Einsetzer. Dies lehnte Winkler ab, worauf sämmtliche Kollegen die Arbeit niederlegten. Bemerken wollen wir noch, daß von der Gauverwaltung, vom Kartell, sowie der Verwaltung am Orte Alles versucht ist, um eine gütliche Vereinbarung zu treffen. In der darauf folgenden Mitgliederversammlung kam nachstehende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung erkennt das Vorgehen der bei der Firma Winkler beschäftigten Kollegen als eine sie ehrende Maßnahme an und beschließt, über die Werkstätte die Sperre zu verhängen." Mögen die Kollegen dieses Verhalten Winkler's sich zur Notiz nehmen und richtig einschätzen. W. P.

Schwäbisch Hall. Die hiesige Wagenfabrik von Beißwenger tritt häufig als Arbeiter suchende Firma in öffentlichen Blättern hervor. Wir möchten nun den in Betracht kommenden Kollegen empfehlen, bei Abschluß eines Arbeitsvertrages mit dieser Firma vorsichtig zu sein. Die dringende Nothwendigkeit hat neulich wieder ein Streitfall auf's Klarste bewiesen, welcher dem hiesigen Gewerbegericht unterbreitet war. Geklagt war dabei worden von einem austretenden Kollegen (Kastenmacher) auf Herausgabe eines als Kaution einbehaltenen Betrages von ℳ 10, während die beklagte Firma geltend machte, daß diese ℳ 10 vom September vorigen Jahres, also schon vor ¾ Jahren, für eine fehlerhafte Arbeit abgezogen worden seien. Da die Ansprüche des Kollegen, welcher leider der Verhandlung nicht beiwohnen konnte, sondern von einem hiesigen Kollegen vertreten wurde, nicht auf unanfechtbare Beweise gestützt waren, mußte das Gewerbegericht zu seinen Ungunsten entscheiden. So etwas kann nur verhütet werden, wenn sich die Kollegen vor dem Vertrauen auf die Rechtlichkeit der Unternehmer warnen lassen, was auch bezüglich obiger Firma hiermit ausdrücklich geschieht.

Wittenberge. Es giebt einige unter unseren Zahlstellen, die gleichsam Durchgangsstationen für den Fremdenverkehr bilden. Dieser Umstand bildet eine große Erschwerniß für die Ausbreitung unserer Organisation an den betreffenden Orten. Es wurde beispielsweise bisher noch immer von Cannstatt darauf verwiesen, daß, weil der Zuzug nach dort — von und nach der Schweiz — ein überaus großer sei, der Erfolg unserer Agitationsarbeit durch diesen Umstand immer wieder in Frage gestellt sei. Die Wahrheit dieser Behauptung liegt auf der Hand, denn wo eine Spannung — noch dazu in unnatürlicher Höhe — zwischen Angebot und Nachfrage zu Ungunsten der Letzteren entsteht, sinkt naturgemäß der Werth der Arbeitskraft. Und wenn nicht — was heute doch durchweg der Fall ist — diese Thatsache durch eine gute Organisation wett gemacht wird, so tritt als Folge eine Verschlechterung der Lage der betreffenden Arbeiter am Orte ein, was wiederum rückwirkend für unsere Organisation zu einem Hemmschuh wird. Diese Schilderungen treffen nun auch für Wittenberge zu. Der Fremdenzufluß nach hier ist ein unverhältnißmäßig großer, so daß z. B. die Reiseunterstützung an Verbandsmitglieder für mehrere Quartale — auch wieder vom letzten — die gesammten Einnahmen am Orte überstiegen

---

*) Auch Du, Freund, zählst also zu Jenen, die ihre mit Eifer und Ueberzeugung vertretenen Grundsätze über den Haufen werfen, sobald sie freiwillig oder unfreiwillig das Proletarierjoch abschütteln! Von Dir hätte ich es freilich nie erwartet. Wieder bin ich um eine Erfahrung reicher geworden!

A. Röske.

haben. Die Lage der arbeitenden Kollegen am Ort hat natürlich hierdurch eine Hebung nicht erfahren, und Löhne von M 12—15 pro Woche sind die maßgebenden für den Durchschnitt der Kollegen. Ja, die Situation für etwoige „Unzufriedene" ist eine derartig prekäre, daß z. B. letzten Sonnabend ein Kollege wegen der Forderung von etwas ganz Selbstverständlichem (daß ihm nämlich sein Lohn bei Feierabend und nicht erst nach Hängen und Würgen um 9 oder 10 Uhr Abends ausgezahlt werde) einfach arbeitslos wurde. Die Organisationsverhältnisse lassen denn hier auch Alles zu wünschen übrig, zumal einige trübe Vorkommnisse von unreeller Verwaltung von Verbandsgeldern noch immer ihre Schatten werfen. Es wird daher der angestrengtesten und jeder Rücksicht auf momentanen Erfolg freien Agitation bedürfen, um die Organisations- und materiellen Verhältnisse am Orte zu verbessern. Die am 1. d. M. hier stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung, in der Kollege Bauer-Güstrow über das Thema: „Warum organisiren wir uns?", referirte und die nur sehr mäßig besucht war, darf nur als Anfang dessen gelten, was hier unausgesetzt gefördert werden muß.

Eingesandt.

In Nr. 18 der „Holzarbeiter-Zeitung" befand sich ein Artikel aus Schweidnitz, worin unter Anderem auf die Langenölser Kollegen in ganz unberechtigter Art und Weise Bezug genommen wurde. Trotzdem wir uns daraufhin brieflich an die Zahlstelle Schweidnitz zwecks Zurücknahme resp. Richtigstellung der auf uns bezüglichen Auslassungen gewandt hatten, ist uns jedoch bis heute noch keine Genugthuung geschehen. Vielmehr lehnen es die Schweidnitzer Kollegen ab, eine Berichtigung einzusenden. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, dieses selbst zu thun.

Die betreffende Stelle, welche auf die hiesigen Kollegen Bezug nimmt, lautet wörtlich folgendermaßen: „Besonders scheinen es die Langenölser Kollegen auf die Firma Werner abgesehen zu haben, ob sie sich aber verbessern werden, das wird die andere Frage sein. Die Kollegen von Langenöls thäten gut daran, sich erst hier zu erkundigen, ehe sie den Kollegen der Firma Werner in den Rücken fallen und so zu sagen die alten Leute verdrängen." — Nach dieser Schreibweise sieht es gerade so aus, als wenn schon wer weiß wie viele Kollegen von hier bei obengenannter Firma in Arbeit getreten wären. Nach unserem Wissen können aber überhaupt erst zwei Kollegen von hier in Schweidnitz in Arbeit getreten sein. Und zwar ist der eine ein Verbandskollege S. und der andere ist ein unorganisirter. Kollege S. ist nun allerdings bei genannter Firma in Arbeit. Ob der andere auch dort ist, wissen wir nicht. Und wenn dieses auch wirklich der Fall wäre, so kann er doch (wenigstens so weit wie wir ihn hier kennen gelernt haben) den dortigen Kollegen wohl gar keinen Schaden machen. Und daß Kollege S. wieder nach Schweidnitz zurück machte, mag wohl hauptsächlich seinen Grund darin finden, weil S. ein geborener Schweidnitzer ist, und seine Angehörigen daselbst ansässig sind. Außerdem wird uns — wie aus einem der Briefe hervorging — noch ein anderer Kollege auf das Konto gesetzt, der von hier nach Schweidnitz gekommen sein soll. Sollten denn die Kollegen in Schweidnitz wirklich nicht wissen, woher dieser Kollege K. gekommen ist. Nun zufälligerWeise bin ich in der glücklichen Lage und kann den Kollegen in Schweidnitz (und Kollege K. wird es mir auch wohl nicht übel nehmen) verrathen, daß Kollege K. von Ansbach nach Schweidnitz gekommen ist.

Wie nun die Schweidnitzer Kollegen zu der Ansicht gelangen können, daß ihnen gerade die Langenölser in den Rücken fallen, und alte Leute dort verdrängen, ist uns ganz unverständlich, und entbehrt einer jeden berechtigten Grundlage. Haben doch nach Kollegen S. bei genannterFirma weitere Haben doch nach Kollegen S. bei genannter Firma weitere zwei auswärtige Kollegen angefangen. Und wenn nun die Schweidnitzer wirklich weiteren Zuzug zu erwarten gehabt hätten, was ja in Bezug auf Arbeitsgelegenheit hier am Orte vorläufig noch nicht zu befürchten ist, so hätten sie doch zunächst gut daran gethan, vorläufig nur auf die am Orte bestehenden ungünstigen Verhältnisse aufmerksam zu machen, ehe sie mit einer derartigen Schreibweise gegenüber Kollegen einer anderen Zahlstelle an die Oeffentlichkeit treten. Dem betreffenden Einsender des Artikels ist jedoch zu empfehlen, sich späterhin beim Abfassen von Artikeln etwas mehr der Objektivität zu befleißigen.

Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Langenöls.
J. A.: Carl Dietrich.

An die reisenden Kollegen!

Schon des Oefteren ist in der Holzarbeiterzeitung darauf hingewiesen, daß die reisenden Kollegen, welche Reiseunterstützung erheben wollen, sich zunächst auf den auf den Verbandsherbergen aushängenden Plakaten orientiren sollen, wo sie Reiseunterstützung ausgezahlt erhalten. Statt dieses zu befolgen, wird zunächst der im Adressenverzeichniß angegebene Bevollmächtigte aufgesucht, und zu Zeiten, wo die Wanderlust besonders stark ist, förmlich bestürmt. Oft genug scheuen es die Kollegen nicht, denselben auf seiner Arbeitsstätte aufzusuchen, da es ja leicht erklärlich, daß sie denselben am Tage nicht zu Hause antreffen. Abgesehen nun davon, daß hierdurch dem betreffenden Verwaltungsbeamten sehr leicht empfindliche Nachtheile in seinem Arbeitsverhältniß entstehen könen, so machen sich auch die Kollegen ganz unnöthige Laufereien und Verdruß, da in den meisten Fällen der Bevollmächtigte die Reiseunterstützung nicht auszahlt. Aber wie kommt es, daß die Kollegen sich nicht auf den Plakaten überzeugen, wo die Unterstützung ausgezahlt wird? Ein großer Theil der Kollegen geht einfach bei ihrer Ankunft garnicht auf die Verbandsherberge, sondern auf die sogenannte „christliche Heimath" und übernachten auch dort. Ja, Kollegen, das sollte doch nicht sein. Das ist doch ein Mißstand, dem unbedingt abgeholfen werden muß. Zu was haben wir denn eigentlich unsere Verbandsherbergen, wenn ein großer Theil unserer Kollegen dieselben nicht beachtet? Die hiesige Zahlstelle zahlt den ausgesteuerten sowohl, als auch den noch nicht zur Reiseunterstützung bezugsberechtigten Kollegen ein Lokalgeschenk von 50 ₰, wofür sie schlafen können und Kaffee erhalten. Die letzte Versammlung beschloß nun, denjenigen Kollegen, welche auf der „christlichen Heimath" übernachten, kein Lokalgeschenk zu geben.

Es ist doch gewiß nicht schön, wenn man mit dem Gelde, welches nur von klassenbewußten Arbeitern aufgebracht wird, auf die christlichen Herbergen geht und hiermit die Unternehmen unserer Gegner unterstützt. Darum, Kollegen, meidet in Zukunft die christlichen Herbergen und verkehrt nur noch in Eurem eigenen Interesse auf den Verbandsherbergen.

Halle a. d. S. **Max Schnabel**, Bevollmächtigter.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Stellmacher Stettins sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Bereits am 26. April ersuchten sie ihre Arbeitgeber um Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Bis heute hat die Stellmacherinnung noch keine Antwort gegeben. Am 31. Mai ist nun von den Gesellen den Meistern die Forderung persönlich unterbreitet worden, zugleich mit dem Hinweis, daß, wenn bis zum 8. Juni noch eine ablehnende Stellung eingenommen werde, gekündigt werden solle. Viele Meister waren von dem plötzlichen Vorgehen ganz überrascht. Wie sich herausstellte, hatte der Obermeister der Innung es überhaupt nicht für nöthig befunden, seinen Kollegen das erste Schreiben vorzulegen. In Frage kommen 20 Werkstätten mit 30 Gesellen; 6 Meister haben für 9 Gesellen bewilligt. Die Kollegen sind mit ein paar Ausnahmen sämmtlich organisirt. Zuzug ist fern zu halten.

Der Streik der Wagnergehülfen in Karlsruhe dauert noch unverändert fort, jedoch ist Aussicht vorhanden, daß er binnen Kurzem zu Gunsten der Kollegen beigelegt werden kann.

Vom Ausstand der Schreiner bei Gustav Schmid in Tübingen meldet man der „Schwäb. Tagwacht", daß derselbe sich an die Militärverwaltung gewendet hat, um Arbeitskräfte und auch wirklich vier Schreiner bekam, die zu diesem Zwecke für die ganze Woche beurlaubt wurden. Auf eine Beschwerde der Tübinger Holzarbeiter an das Bataillonskommando ging noch keine Antwort ein. Sehr recht bemerkt die „Schwäb. Tagwacht":

„Allem Anscheine nach ist die zweijährige Dienstzeit noch zu lang, sonst könnte es nicht sein, daß Soldaten als Streikbrecher verwendet werden. Wenn von den Militärbehörden so deutlich gezeigt wird, daß es ganz unnöthig ist, so gar viele Leute in der Kaserne zu halten, so ist das recht dankenswerth."

Nachschrift: Das Kommando hat die Soldaten auf die Beschwerde hin zurückgezogen.

Der Streik der Bunzlauer Tischler ist, wie mitgetheilt wird, noch nicht beendet. Abgereist sind bisher 9 Kollegen, so daß noch 14 im Ausstande sind. Am 29. Mai wurde von der Lohnkommission eine Verhandlung mit in Frage kommenden 5 Meistern angebahnt. Erschienen waren nur die Herren Kählich und Kettner jun. Ersterer erklärte, die 59stündige Arbeitszeit mit Einführung der Akkordarbeit nach dem Görlitzer oder Liegnitzer Tarif zu bewilligen. Insofern haben wir mit diesem Meister vorläufig weiter zu verhandeln. Während sich nun mit Kählich ganz gut reden ließ, lehnte der Andere alle Forderungen ab. Uebrigens erschien es uns ganz wahrscheinlich, daß dieser nur vom Obermeister als Horcher zu uns geschickt worden ist. Von diesen werden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Organisation zu sprengen. So auch in der Galanteriewaaren-Fabrik von Martin & Barasch, in welcher die 59stündige Arbeitszeit seit dem März eingeführt ist. Daselbst sind schon zwei Gemaßregelte zu verzeichnen. Da nun der Geschäftsgang ein ziemlich flauer ist, glaubt nun Herr Martin, mit seinen Leuten machen zu können, was er wolle. So erklärte er verschiedenen Kollegen indirekt und auch direkt, sie sollten den Verband meiden, sonst könne er sie nicht gebrauchen, oder sie fliegen einfach hinaus. Derselbe Herr Martin ist freisinniger Stadtverordneter in Bunzlau. Auch verbot er das Ausgeben von Zeitungen und Sammellisten in seiner Fabrik. Dies Alles aber sollte die Kollegen nicht abhalten, dem Verbande treu zu bleiben. Denn auf dieses unverschämte Attentat auf den Holzarbeiterverband wird die Fabrikleitung bei günstiger Geschäftskonjunktur die Früchte ernten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

„Die Stuttgarter Möbelindustrie nimmt in Deutschland nicht mehr die führende Stelle ein", hatte unser Verbandsvorsitzender, Kollege Kloß, im württembergischen Landtage am 25. April dieses Jahres gesagt. Wörtlich lautete der Theil seiner Rede:

„Herr Haußmann ist gestern auf die Stuttgarter Möbelindustrie zu sprechen gekommen. In der Kommission war er anfangs der Meinung, daß Stuttgart in der Möbelindustrie noch die führende Rolle habe. Ich betheiligte mich auch an der Debatte und vertrat die Ansicht, daß Stuttgart bezüglich der Möbelindustrie zwar noch in erster Reihe stehe, aber die führende Rolle leider nicht mehr habe. Durch meine Ausführungen erklärte Haußmann, eines Besseren belehrt worden zu sein. Eine ganze Reihe von Städten, wie Darmstadt, Mainz, Karlsruhe und besonders Berlin, haben in den letzten Jahrzehnten größere Fortschritte gemacht. Wenn Stuttgart nicht in gleichem Verhältniß voranschritt, so liegt das daran, daß man hier von der Lohnarbeit zum Akkordsystem, das sich mit dem Kunstgewerbe nicht verträgt, überging. Heute giebt es in den großen Betrieben keine Werkstatt mehr, in der noch in Lohn gearbeitet wird. Bei der Akkordarbeit muß der Arbeiter suchen, rasch fertig zu werden, um zu seinem Lohn zu kommen; seinen Kunstsinn, den er bei der Lohnarbeit bethätigen könnte, muß er zurückstellen. Anfangs hat man allerdings den Arbeitern den Lohn garantirt, so daß ein Akkordarbeiter, auch wenn er länger zu einer Arbeit brauchte, als dem Akkordpreis entsprach, seinen normalen Lohn bekam. Aber auch hiervon ist man abgekommen und man hat das Vorschußsystem eingeführt, nach welchem ein Arbeiter, der bei einer Akkordarbeit nicht auf seinen Lohn kommt, diesen als Vorschuß ausbezahlt bekommt. Als beim letzten Streik von den Arbeitern gefordert wurde, ihr Lohn solle ihnen garantirt werden, lehnten dies die Unternehmer ab. Sie gestanden schließlich nur so viel zu: Die Akkordpreise sollten ungefähr so bemessen werden, daß der Tagelohn erreicht werden könne. Das sieht fast so aus, wie eine Garantirung des Lohnes, ist aber doch keine. Denn darüber, ob der Lohn erreicht werden „kann", entscheidet der Unternehmer. Diese Veränderungen haben also das Fortschreiten der Stuttgarter Möbelindustrie gehemmt. Ein weiterer Grund ist wohl auch, daß die Unternehmer im Jahre 1883 die Arbeiter 13 Wochen aussperrten, während welcher Zeit der Theil der guten Kundschaft, der sich nicht vertrösten lassen konnte oder wollte, sich nach Mainz oder Karlsruhe gewendet haben mag. Auch die Lohnstatistik im Allgemeinen weist darauf hin, daß wir in Stuttgart nicht mehr an der Spitze stehen."

Auf diese Ausführungen hat damals der Vorstand der Stuttgarter Möbelindustriellen im „Wochenblatt für den Holzhandel" eine Berichtigung veröffentlicht, aus welcher auch „Günther's Tischlerztg." in Nr. 22 einen Theil: Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und die an diese gezahlten Löhne veröffentlicht. Es ist überflüssig, auf die Ziffern selbst näher einzugehen, da sie für die führende Rolle Stuttgarts in der Möbelindustrie garnichts beweisen. Die Berliner Möbelindustrie zählte bisher ebenso viele Tausende beschäftigte Möbelarbeiter wie Stuttgart Hunderte zählt und hatte bisher noch niemals die führende Rolle inne. Hier kommt es doch ganz allein auf den Sinn der Kloß'schen Rede an, und dieser ist der, daß Stuttgart von anderen Orten, wie Mainz und Berlin, überflügelt wurde, nicht ohne die Schuld der Möbelindustriellen selbst. Er sprach also nicht, wie die „Schwäb. Tagwacht" auch richtig bemerkt, von einem quantitativen Rückgang Stuttgarts, sondern von einem qualitativen Emporkommen anderer Städte; und das wird wohl Niemand bestreiten wollen, daß Berlin im letzten Jahrzehnt ganz gewaltige Anstrengungen gemacht hat, nicht nur mit dem „Berliner Schund", sondern auch in der besseren Möbelindustrie obenan zu sein. Ob dies gelungen, vermag wohl Niemand mit Bestimmtheit zu behaupten. Die gestiegene Arbeiterzahl und die angeblich gestiegene Lohnsumme in der Stuttgarter Möbelindustrie ist aber kein Beweis dafür, daß Stuttgart immer noch die führende Rolle in derselben spielt. Ganz besonders kann die Lohnsumme nicht als Beweis dafür angeführt werden, und zwar um deshalb nicht, weil in dieser Summe die hohen Gehälter der Buchhalter, Techniker, Werkmeister 2c. einbegriffen sind. Nach einer Statistik, welche das Stuttgarter Gewerkschaftskartell vor einigen Jahren aufstellte, betrug der Durchschnittslohn der Möbelschreiner pro Woche M. 20,30. Der Durchschnittslohn der Arbeiter der Stuttgarter Möbelfabrik Georg Schöttle wird von dem Inhaber selbst nur auf M. 21,09 angegeben. Nach der von den Möbelindustriellen angegebenen gestiegenen Lohnsumme, vertheilt auf die in der Möbelindustrie beschäftigten Arbeiter, müßte der Durchschnittslohn aller Möbelarbeiter aber M. 25 betragen. Jeder weiß aber, daß das in Stuttgart garnicht der Fall ist. Wozu also mit Zahlen paradiren, wenn sie nichts beweisen. Im Uebrigen behält Abg. Kloß Recht, daß, wenn mit der Akkordwürgerei so fortgefahren wird, wie seit einigen Jahren begonnen, es mit Solidität, Kunstsinn und Kunsttischlerei in Stuttgart bald zu Ende sein wird. Akkordarbeit und Kunsttischlerei harmoniren eben sehr schlecht zusammen. Sollte heute Stuttgart wirklich noch die erste Geige spielen, so doch nur, weil es vornehmlich für den ausländischen Export arbeitet, auf dem inneren Markt kann sich die Stuttgarter Möbelindustrie nicht behaupten, kann deshalb auch keine führende Rolle mehr inne haben.

Deutschlands Möbelausfuhr. Trotz der zum Theil hohen Einfuhrzölle gelingt es der deutschen Möbelindustrie immer noch, in den überseeischen Ländern annehmbaren Absatz zu finden. So wird aus einem amtlichen Bericht aus Bombay gemeldet, daß zwar der größte Theil der Möbel im eigenen Lande gefertigt wird, jedoch vom Auslande welche eingeführt werden, und zwar im letzten Jahre im Werthe von 800 000 Rupien (1 Rupie = M. 1,924 deutsche Reichswährung) darunter aus England für 424 000, aus Deutschland für 180 000 und aus Oesterreich-Ungarn gebogene Stühle für 81 000 Rupien. Aus Odessa berichtet das deutsche Konsulat, daß deutsche Möbel, sowohl Phantasie- als Gartenmöbel, zwar keinen bedeutenden Handelsartikel bilden, aber doch Dank ihrer sorgfältigen Ausführung und billigen Preise in den letzten Jahren zunehmenden Absatz gefunden haben. Das Alles, wie der Konsulatsbericht bemerkt, „trotz des Wettbewerbes der sehr leistungsfähigen russischen Industrie und des hohen Eingangszolles." Wir möchten wirklich wissen, in welcher Gegend in Deutschland der Möbelfabrikant wohnt, der die billige leistungsfähige russische Möbelindustrie wie Yagen den Siegfried platt machen kann. Auch die Löhne und Arbeitsbedingungen möchten wir kennen lernen, die in dieser deutschen Exportfabrik üblich sind. Jedenfalls sind sie zum Gotterbarmen. — In Britisch-Ostindien ist die deutsche Möbeleinfuhr mit 180 694 Rupien im Jahre 1900 gegen 124 686 Rupien im Jahre 1899 betheiligt. Großbritannien mit rund 424 000 Rupien.

Die Weimarische Waggonfabrik sucht in den Tageszeitungen am Orte (vielleicht auch auswärts) „Leute für gut lohnende und dauernde Beschäftigung." Wir geben hiermit bekannt, daß die Fabrik sich in Konkurs befindet, und daß im „Reichsanzeiger" folgende Erklärung veröffentlicht wird: „Der bisherige Verlauf des über unsere Gesellschaft eröffneten Konkurses hat es außer Zweifel gestellt, daß für die Aktionäre unserer Gesellschaft sich nichts erhalten läßt. Nach Lage der Sache ist eine Sanirung nur mit Hülfe einer ganz neuen Gesellschaft möglich. Auch die Gläubiger können dabei nur einen Theil ihrer Ansprüche sich in Aktienform erhalten. Unter diesen Umständen sieht der Aufsichtsrath seine Thätigkeit für geschlossen an."

Die Kollegen außerhalb Weimars mögen es also mit ihrer Abreise nach dorthin nicht so eilig haben. Jedenfalls handelt es sich noch um einen Auftrag, und was dann kommt, wird sich ja zeigen. Wie uns mitgetheilt wird, klagen die noch in der Fabrik Beschäftigten allgemein über ungünstige Arbeitsbedingungen.

„Gewerbe und Handel." Unter dieser Ueberschrift befindet sich in der „Günth. Tischlerztg." eine Serie von Artikeln, die bezüglich der wirthschaftlichen Stellung des Handwerks zum Handel recht lesenswerthe Ausführungen enthalten. Daß die Schriftsteller der Handwerkerpresse selbst bei Fragen, die mit der Arbeiterschaft absolut garnichts zu thun haben, garnicht anders können, als ihr bei jeder unpassenden Gelegenheit Eins herunterzuhauen, ist man ja schon gewöhnt. Auch der Verfasser der obigen Artikel kann nicht aus seiner Haut heraus, so objektiv er bis nahe zum Schlusse seiner Artikel auch geblieben ist. Er schildert z. B. dem Sinne nach wie folgt die Lage des kleinen Landmannes, seinen Kampf mit der ausländischen Konkurrenz, zeigt, wie der selbst-

ständige Handwerker auf dem Lande ruinirt ist durch die großen Ladeninhaber der nächsten Stadt; die Handwerker der Städte schmachten in den Banden des Großkapitals und des wucherischen Handels; der Beamte, welcher bis zum Mannesalter die Schule besuche, müsse zufrieden sein, daß er eine Anstellung bekomme, die ihm kaum so viel einbringe, daß er sich sattessen könne; er sehe scheel auf den Industriearbeiter, welcher, ohne nennenswerthe Kenntnisse zu besitzen — z. B. verdient der unfähigste Maurergeselle *M* 6—7 pro Tag —, ungleich günstiger gestellt ist. Der Arbeiter, welcher nicht mehr die Aussicht habe, sich einstmals selbstständig zu machen, sei unzufrieden, er sehe sein Heil in ununterbrochenem Kampf gegen scheinbar günstiger Gestellte und höre willig auf Diejenigen, welche ihn zum Kampfe anspornen.

Dem Artikelschreiber wollen wir von vornherein erklären, daß, so gut er vielleicht auch in seinen eigenen Kreisen vertraut sein mag, von den Arbeiterverhältnissen kennt er nichts. Wie könnte er sonst dazu kommen, zu behaupten, daß der unfähigste Maurergeselle *M* 6—7 pro Tag verdiene. Soweit wir Bescheid wissen, erhalten die Maurer nur in Hamburg einen Lohn, der 15 ₰ über *M* 6 pro 9½ Stunden beträgt, in keinem anderen Orte Deutschlands erreicht er diese Höhe; der Artikelschreiber hat aber vergessen, zu sagen, daß im günstigsten Falle ein Maurer diesen Lohn nur sechs Monate hindurch verdienen kann, vorausgesetzt, daß er nicht zum Krüppel gefallen ist, krank oder sonst arbeitsunfähig wurde. Weitere drei Monate ist der Lohn ganz bedeutend geringer, weil die Arbeitszeit verringert wird, und drei Monate des Jahres ruht die Arbeit in Großstädten fast ganz, nur Wenige haben das Glück, sich einige Mark verdienen zu können, und in kleinen Orten wird mit der Maurerarbeit bereits im Oktober Schicht gemacht. Dann ruhen die von den hohen Löhnen fett gewordenen, unfähigen, beneidenswerthen Maurer, bis die Frühjahrssonne sie aus ihrem beschaulichen Winterdasein weckt, um wieder, wie die Hamster, sechs und sieben Mark pro Tag zusammen zu tragen, daß den ganzen Sommer und Winter hindurch ein Schlemmerleben geführt werden kann. Wie muß solch' ein armer Beamter und solch' ein armer Agrarier lecker werden nach den hohen Maurerlöhnen, die im Durchschnitt *M* 900—1200 pro Jahr beiragen!

Wir wollen uns nicht streiten über die angeblich nicht „nennenswerthen Kenntnisse der Industriearbeiter", das aber möchten wir dem Artikler doch sagen, daß der unfähigste Maurergeselle nach unserer Ueberzeugung doch ein nützlicheres Glied in der Gesellschaft ist, als mancher in Sekunda bis Prima mit Latein und sonst im praktischen Leben unbrauchbarem Wissen vollgestopfte höhere oder niedere Staatsbeamte.

Darin sind wir mit dem Artikler eins, daß Gewicht darauf gelegt werden muß, daß „durch die Erziehung besonders die Erkenntniß in die jungen Gemüther gelegt werde, daß die produktiven Stände die wichtigsten sind, daß sowohl leitende als ausführende Kräfte in der Produktion nothwendig, daß die Einen für die Anderen unentbehrlich, daß sich Beide schaden, wenn sie sich bekämpfen."

Diese letzten Zeilen hätte der Artikelschreiber dreimal recht fett unterstreichen und sie dem Obermacher der Berliner Tischlerinnung, Rahardt, und dem geistigen und holzhändlerischen Führer der Holzindustriellen und Freunde der Berliner Tischlermeister, Herrn Louis Bry, extra zuschicken sollen, mit dem Bemerken, daß der Kampf, wie er mit dem Kontrolbuch gegen die Tischlergesellen Berlins von ihnen angezettelt und geführt wird, nicht nur zum Schaden der Gesellen, sondern auch der Meister enden wird. Wenn die Arbeiter als „ausführende Kräfte in der Produktion" nothwendig und für die Profite der Herren Kranter und Unternehmer unentbehrlich sind, dann sollte man sie nicht bekämpfen, sondern Frieden mit ihnen zu halten suchen. Glaubt der Artikelschreiber übrigens, daß das Handwerk sich vom Handel emanzipiren muß, um selbstständiger und selbstbewußter zu werden, dann wäre es in erster Linie nothwendig, sich aus den Fesseln der Bry und Genossen frei zu machen, sich nicht von diesen fortwährend in's Schlepptau nehmen und die eigenen Wege von diesen durchkreuzen zu lassen. Wir wissen aber, daß diese rückenlahmen Berliner Tischlermeister der Stützen der Holz- und anderer Händler bedürfen, um sich gerade halten zu können, und damit fällt auch, nicht nur für Berlin, sondern für alle Orte die Phrase von der Emanzipation des Handwerks vom Handel. Wer das nicht glaubt, lese den „Deutschen Tischlermeister" oder frage jeden einzelnen selbstständigen Tischler, und er wird die richtige Antwort bekommen.

Die A.-G. Deutsche Musikwerke, System Pietschmann, Berlin, hat den Konkurs angemeldet. Mehrere Zeitungen geben, wenn auch verschieden, die Gründe an, welche zu dem Konkurs geführt haben. Nach der einen soll die Gesellschaft der Konkurrenz erlegen sein, nach der anderen soll es daran gelegen haben, daß der Direktor Pietschmann ausgeschieden ist. Die Gesellschaft wurde mit 1,2 Mill. Mark gegründet, die Aktien an der Börse mit 145 pZt. von der Firma Neuburger im Jahre 1889 eingeführt. Die beiden Vorsitzenden, Gebrüder Pietschmann, ehemalige Eigenthümer des schon 1836 von deren Vater gegründeten Geschäfts, waren verpflichtet, nach Gründung der Aktien-Gesellschaft drei Jahre hindurch Dividenden zu garantiren. Das ist geschehen in Höhe von 13 bezw. 10 pZt. Nach Ablauf dieser drei Jahre versiegte die Dividendenquelle und die Aktien waren im Jahre 1895 an der Börse nur noch mit 35 pZt. notirt. Einer der Gebrüder Pietschmann war inzwischen gestorben und der letzte schied aus, um — in Sachsen eine Konkurrenzfabrik zu errichten. Dadurch brachte er die Berliner Fabrik sehr in die Enge, weil er billiger produziren konnte. — Dies ist ungefähr der Sinn mehrerer Preßäußerungen über den Konkurs. Die „Musik-Instrumentenztg." schreibt anschließend daran wörtlich:

„An und für sich mögen die angeführten Thatsachen alle richtig sein, doch liegen die Ursachen zu den Mißerfolgen der letzten Jahre, die konsequenter Weise zu einem Bankerott führen mußten, wohl etwas tiefer. Den ersten Anstoß gab die Gründung der Aktiengesellschaft selbst. So lange Pietschmann privat das lukrative Unternehmen der früheren Harmonikafabrik leitete, mußte man wohl, daß an dem Geschäft verdient wurde, aber über den wirklichen Prozentsatz des Reingewinns war man nicht im Klaren. Erst als mit Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft die geschäftlichen Verhältnisse alle decouvrirt werden mußten, nahm man Einblick in die wirklichen enormen Verdienste, die in dieser Branche gemacht wurden, und im sächsischen Vogtlande beeilte man sich, durch Gründung von Konkurrenzfabriken, die mit ganz anderen, billigeren Löhnen als die Berliner arbeiten konnten, sich an dem Gewinne nach Möglichkeit zu betheiligen. In wenigen Jahren sahen sich Pietschmanns aus ihrer eigentlichen Domäne, der Harmonikafabrikation, verdrängt und suchten nun das inzwischen fruchtbar gewordene Feld der Fabrikation mechanischer Musikwerke zu bearbeiten. Hier hatten sie aber noch viel weniger Glück. Nicht allein, daß sie der gewaltigen Leipziger Konkurrrenz nicht das Wasser reichen konnten, herrschte auch noch in der geschäftlichen Leitung eine derartige Mißwirthschaft, daß es zum Erbarmen war. Das Komptoir wimmelte von Angestellten — Söhnen, Verwandten, Protegés von Hauptaktionären —, daß auf zehn Arbeiter mindestens ein Komtoirist kam. Das Konto für Patente — meist werthloses Zeug, aber jede Woche konnte man mindestens von einer Patentnachsuchung berichten — wuchs in's Unendliche, und als die drei garantirten Dividendenjahre vorüber waren, war der Dalles auch schon da. Die Gründung und das Ende des Pietschmann'schen Aktien-Unternehmens bildet einen traurigen Akt in der Geschichte deutschen Instrumentenbaues. — Im Anschluß an obige Konkursmeldung möchten wir noch bekannt geben, daß die Firma Berliner Musik-Industrie, Berlin N., Brunnenstr. 25, und deren technischer Leiter, Herr F. Pietschmann, absolut nichts mit dem Konkurs zu thun haben. Wie uns versichert wird, sollen bei dieser Firma im Gegentheil Fabrikation und Betrieb bedeutend erweitert werden."

So viel geht aus der vielleicht richtigsten Darstellung hervor, daß die Firma Pietschmann, bevor sie die Konkurrenz zu fürchten hatte, ein heidenmäßiges Geld verdient hat. Erst als man außerhalb Berlins bei Umbildung des „lukrativen Unternehmens" in eine Aktiengesellschaft erfuhr, welche enormen Gewinne die Herren Pietschmann eingestrichen, da begann man mit der Gründung von Fabriken in Sachsen, im Lande der billigen und willigen Arbeitskräfte, und mit der Harmonikafabrikation in Berlin war es aus. Auch die Produktion mechanischer Musikwerke rentirte sich nicht, weil auf diesem Gebiete Leipzig den Vorrang hatte. Hier giebt die Unternehmerzeitung unumwunden zu, daß die billigen Arbeitskräfte in Sachsen der Ruin jenes Berliner lukrativen Unternehmens waren und doch ist sie es, die schon so oft das Bestreben der Arbeiter in Sachsen, die Schundkonkurrenz durch Zahlung höherer Löhne usw. einzudämmen, bekämpft. Die „Musik-Instrumentenztg." kann doch unmöglich verlangen wollen, daß die Berliner Arbeiter dieser Branche sich den bedürfnißlosen Kulis des sächsischen Vogtlandes anpassen sollen? Das verbietet sich ganz von selbst schon durch die Wohnungs- und Lebensverhältnisse einer Großstadt. Im Weiteren zeigt die Schilderung der „Musik-Instrumentenztg.", daß bezüglich des Verwaltungsapparates und der vielen Aufpasser und Treiber auch Vieles übertrieben werden kann. Schaffe man in den Fabriken ein der Arbeiter würdiges Arbeitsverhältniß, dann kann man viele von den Leuten, die sich oftmals einbilden, hoch erhaben über den Arbeitern zu stehen, ersparen, und viele Differenzen, die wegen schlechter Behandlung der Arbeiter durch diese Treiber und Schreiberseelen entstehen, würden den Arbeitgebern erspart bleiben.

Das Geschäft in der Besen- und Bürstenfabrikation ging im vorigen Jahre allgemein nicht besonders. Die Handelskammer zu Bielefeld berichtet, daß die seit 1899 bestehende Preiserhöhung für Borsten eine Nothlage für die Kleinindustriellen hervorrief. Das Ausbleiben der chinesischen Borsten verschlimmerte die Lage noch mehr. Der Aufschlag für russische und polnische Borsten betrug 50—60 pZt. Der Aufschlag, den die kleinen Bürstenmacher für ihre fertigen Waaren erzielten, betrug nur 10—15 pZt.; der Verdienst sei demnach ein sehr unbefriedigender gewesen. Aus Herford wird berichtet, daß die Fabrikation von Piassawa und Bürstenwaaren sich im gleichen Umfange wie 1899 hielt. Aufträge seien genügend zu erlangen gewesen, jedoch war infolge der hohen Preise für Rohmaterialien und der Konkurrenz in fertiger Waare der Verdienst recht gering. „Die den Arbeitern gezahlten Akkord- und Tagelöhne", heißt es, „sind dieselben geblieben". Ob es so ist, können wir nicht feststellen. Immerhin meinen wir, war der Verdienst doch so hoch, daß die Unternehmer damit zurechtkommen konnten. Oder ist man der Meinung, daß die Arbeiter immer das Bad kühlen müssen? — Der Kölner Handelskammerbericht klagt gleichfalls über den schlechten Geschäftsgang, besonders soweit der Import von Rohmaterialien für die Kammfabrikation in Betracht kam. — In der Celluloidwaarenindustrie hat sich der Absatz in jüngster Zeit vergrößert, unter gleichzeitiger Verminderung des Exportes billiger Kämme nach Rußland. Dort wird, begünstigt durch die niedrigen Arbeitslöhne, diese Waare jetzt selbst hergestellt. — Nach Nordamerika sind von Deutschland im Jahre 1900 Bürsten im Werthe von 977 487 Dollars eingeführt worden.

Die Gründungen von Korbmachereigenossenschaften mehren sich. Sie beschränken sich aber meist auf die Gegenden, wo die Korbmacher in den elendesten Verhältnissen leben, wie in Sachsen-Koburg, Franken und Sachsen-Meiningen. So besteht eine solche in Kranichfeld, in Schwürbitz und seit dem 31. März d. J. eine unter der Firma „Korbmacherei-Gewerbsverband für Franken und Sachsen-Koburg, Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht", mit dem Sitz in Michelau. Es handelt sich in der Hauptsache um den Einkauf der in der Korbmacherei erforderlichen Rohstoffe, Werkzeuge und Geräthe im Großen und um den Verkauf an die Mitglieder im Kleinen. Die Haftsumme beträgt für jeden Geschäftsantheil *M* 100. Daß die Aermsten der Armen jener Gegend, die Heimarbeiter, so gut wie ausgeschlossen sind von den Vortheilen, die der genossenschaftliche Einkauf des Rohmaterials bietet, leuchtet sofort ein, wenn wir, und zwar aus eigener Anschauung konstatiren, daß die meisten der Korbmacher kaum im Besitze von 100 ₰, geschweige denn *M* 100 sind. Sie können also gar keinen Antheil erwerben und bleiben den Aktionären und großen Verlegern in Bamberg, Koburg und Lichtenfels nach wie vor verpflichtet. Traurig aber wahr. Diesen Aermsten leuchtet kein Hoffnungsstrahl.

Gewerkschaftliches.

Die fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte vom 28. bis 31. Mai in Nürnberg. Dieselbe hatte über verschiedene wichtige Vorlagen des Verbandsvorstandes, betreffend Herbeiführung einer Gaueintheilung und eines Pensionsstatuts für die Verbandsbeamten, über die wir unsere Leser bereits unterrichteten, zu verhandeln. Dann aber war es die erste Generalversammlung, die nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung stattfand und bot somit am ehesten Gelegenheit, aus den bisherigen Erfahrungen mit diesem Unterstützungszweige ein Fazit über die praktische Bedeutung desselben für das Verbandsleben zu ziehen. Daraus ist zu entnehmen, daß die auf der letzten Generalversammlung und in der Diskussion vorher geäußerten Bedenken, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge werde Mitglieder aus dem Verbande treiben und die Neuwerbung von Mitgliedern erschweren, sich nicht bestätigt haben. Am 1. Januar 1899 betrug die Mitgliederzahl 75 431. Am Schlusse desselben Jahres gehörten 85 031 Arbeiter dem Verbande an. Am 31. Dezember 1900 bezifferte sich der Mitgliederbestand auf 100 762. Die Einnahmen des Verbandes im Jahre 1899 einschließlich des Vortrages vom Jahre 1898 betrugen *M* 1 288 046, die Ausgaben *M* 902 898, so daß Anfang 1900 ein Vermögen von *M* 385 148 vorhanden war. Einschließlich dieses Kassenbestandes bezifferte sich die Einnahme im Jahre 1900 auf *M* 1 578 379, die Ausgabe *M* 1 007 777, so daß am 1. Januar 1901 ein Kassenbestand von *M* 570 602 festgestellt wurde. Die Aufwendungen für Unterstützungen sind im Verhältniß zu den Vorjahren bedeutend gestiegen. Zum Theil sind die Mehrausgaben ja auf die am 1. Juli 1900 in Kraft getretene Arbeitslosenunterstützung, zum großen Theile aber auch auf den allgemeinen Geschäftsrückgang zurückzuführen. Für die in den Jahren 1899—1900 geführten Ausstände wurden vom Verband verausgabt *M* 744 620. An andere Berufe bezw. Organisatoinen wurden zur Durchführung ihrer Kämpfe überwiesen *M* 42 400, so daß die Gesammtausgaben für Streiks aus Verbandsmitteln in den Jahren 1899—1900 betragen *M* 787 020. Ueber die Thätigkeit des Hauptvorstandes entspann sich auf der Generalversammlung eine rege Debatte, namentlich wurde die Nichtbestätigung von Pawlowitsch-Berlin zum zweiten Vorsitzenden der Berliner Zahlstelle, die mit dessen Vorleben und seiner Thätigkeit als Anarchist begründet war, von einigen Diskussionsrednern scharf kritisirt.

Mit großer Majorität wurde ein Antrag Dortmund, das eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes betreffs der Reiseunterstützung und des 1. Mai in folgender Fassung angenommen: „Die fünfte Generalversammlung des M.-V. protestirt gegen das eigenmächtige Umstoßen von Generalversammlungsbeschlüssen durch den Hauptvorstand." Zum Schluß wurde dem Vorstand Entlastung ertheilt, in dem Beschlusse aber die Erwartung ausgesprochen, daß die in der Diskussion ertheilten Rügen den Vorstand veranlassen werden, sich in Zukunft nach den Beschlüssen der Generalversammlung zu richten.

Von besonderem Interesse ist noch eine groß angelegte Rede des Genossen Segitz über „Agitation". Redner kam dabei auch auf das im letzten Jahre so oft variirte Thema der „parteilosen Gewerkschaften" und auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen, dabei Folgendes ausführend: „Parteilose Gewerkschaften!" ist das Feldgeschrei. Soweit darunter verstanden wird, daß die Gewerkschaften sich nicht mit Parteipolitik befassen sollen, bin ich ganz damit einverstanden. Uebrigens hindert uns schon die reaktionäre Gesetzgebung daran, wenn wir nicht auf Frauen und minderjährige Arbeiter verzichten wollen. Die christlichen Arbeiter werden verhetzt von der christlichen Unternehmerpresse, die ein Interesse daran hat, die Arbeiterbewegung gespalten zu sehen, verhetzt von den Geistlichen, die befürchten, ihren Einfluß zu verlieren, wenn die christlichen Arbeiter mit ihren freier denkenden Klassengenossen in Berührung kommen. Es mag sein, daß hier und da Arbeiter sich über die rituellen Gebräuche der katholischen Kirche unpassend geäußert, die religiösen Gefühle der christlichen Arbeiter verletzt haben. Wir verurtheilen das auf das Entschiedentste. Ich muß aber beifügen, daß die angebliche Kränkung der religiösen Gefühle in den meisten Fällen doch nur ein Vorwand ist, um die katholischen Arbeiter der modernen Gewerkschaftsbewegung zu entfremden. Die Leute, die uns religiöse Intoleranz zum Vorwurf machen, scheuen sich nicht, uns bei jeder Gelegenheit in der gemeinsten Weise zu verdächtigen. Besonders die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, gewisse Kapläne, Gewerkvereinsvorstände leisten auf diesem Gebiete Unglaubliches. Der Kirche ist es nicht darum zu thun, die christlichen Arbeiter so zu organisiren, daß sie sich als Klasse fühlen, die Klasseninteressen zu vertreten hat. Das Streben der katholischen Kirche geht dahin, die vorhandenen Klassengegensätze zu vertuschen, eine Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer zu konstruiren, die thatsächlich nicht vorhanden ist. Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer wird als eine Fügung Gottes dargestellt. Die Ausbeutung soll nicht beseitigt, sondern auf eine gewisse Grenze beschränkt werden. Meine Meinung ist deshalb die: wir sollen auf diese sogen. paritätischen Gewerkschaften keine allzu großen Rücksichten nehmen. Es wäre schon viel erreicht, wenn jene christlich-sozialen Arbeiter, die sich uns nicht anzuschließen vermögen, sich in eigenen Verbänden organisiren würden, wenn ein Zusammengehen zwischen uns und ihnen von Fall zu Fall ermöglicht würde. Auch das ist schon schwierig genug, wie sich bei Lohnbewegungen usw. gezeigt hat." Redner mißt den großen Agitationstouren wenig Werth bei. Kleinere Touren, die für drei oder vier Tage in der Woche berechnet sind, scheinen ihm zweckmäßiger zu sein. Ferner rügt er die oftmals ungenügende Vorbereitung und Agitation für die Versammlung. Man glaube, der Name des Redners genüge, um das Lokal zu füllen, und sehe sich nachher getäuscht. Der Redner habe sich auch vorher über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte zu erkundigen. Daran fehle es auch oftmals. Der Agitation von Mund zu Mund gebe er jedoch den Vorzug. Viel wichtiger und schwieriger als die Gewinnung von Mitgliedern sei die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder. In den Jahren 1899—1900 seien 131 769 Mitglieder beigetreten, von denen 106 000 wieder verloren gegangen seien. Zwar gingen viele Mitglieder durch Tod, Berufswechsel, Einziehung zum Heere usw. dem Verbande wieder verloren, die

Hauptursache des Mitgliederverlustes kenne man aber nur zum kleinen Theil. Eine der bedeutendsten Ursachen seien auch verlorene Streiks, sowie persönliche Zwistigkeiten unter den Kollegen. Die Art der Beitragserhebung spiele auch eine große Rolle bei dieser Frage. Je kürzer die Beitragsfristen, um so besser. Auch empfehle es sich, die Beiträge einkassiren zu lassen, damit nicht so große Restschulden entständen, die vielfach zum Austritt führten. Man wisse aber nicht, in welchem Verhältniß die Ursachen zueinander stehen. Er empfehle, von den Lokalbeamten den Grund des Austritts, soweit wie möglich ermitteln zu lassen. Zu dem Zweck möge man den Beamten entsprechende Formulare aushändigen. Diese Ermittelungen seien zwar mit Schwierigkeiten verbunden, würden aber schießlich doch ein brauchbares Resultat ergeben, so daß man die Ursachen des Mitgliederwechsels wirksamer als bisher bekämpfen könne. Eine Verminderung dieser Krankheit verspreche er sich auch von der geplanten Neuorganisation, von der Vorlage zur Errichtung von Bezirks- oder Gauverbänden. Zu der geplanten Versicherung der Gewerkschaftsbeamten gegen Invalidität, Alter und Unfall, sowie über die Höhe der Besoldung bemerkt Redner: Die vom Vorstand in Vorschlag gebrachte Höhe der Besoldung der Bezirksleiter (Anfangsgehalt M 160 monatlich. Im zweiten Jahre M 180 und vom dritten Jahre an monatlich M 5 mehr bis zum Höchstgehalt von M 3000) erscheine Manchem auf den ersten Blick zu hoch gegriffen. Der Verband brauche aber tüchtige Beamte. Staats- und Gemeindebeamte, die durchschnittlich höhere Gehälter bezögen, hätten lange nicht die Arbeit zu leisten und die Verantwortung zu tragen, wie die Gewerkschaftsbeamten. Auf einer Seite würden sie vom Haß der Unternehmer verfolgt, auf der anderen vom Unverstand der Massen, die da glaubten, dem Beamten gehe das proletarische Klassenbewußtsein verloren, wenn er nicht Tag für Tag mit Nahrungssorgen zu kämpfen habe. Der Lebensgang manches Gewerkschaftsbeamten sei eine wahre Leidensgeschichte. Durch allerlei Vorgänge in Konsumvereinen sei der Arbeiter als Arbeitgeber letzthin einigermaßen in Verruf gekommen, so daß der Glaube aufgetaucht sei, der Arbeiter sei als Arbeitgeber derselbe Ausbeuter wie der Unternehmer. Die Generalversammlung möge auf höherer Warte stehen. Bezüglich der Gaueintheilung (s. Nr. 14 d. „Holzarb.-Ztg.) soll eine siebengliedrige Kommission entscheiden. Nach einer Erklärung des Vertreters der Generalkommission, Legien, daß der im Mai nächsten Jahres stattfindende Gewerkschaftskongreß sich mit einem Entwurf der Generalkommission, betreffend Versicherung der Gewerkschaftsbeamten zu beschäftigen haben werde, beschließt die Generalversammlung, sich im Prinzip für die Versicherung zu erklären, stellt jedoch deren Erledigung bis nach dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß zurück.

Von den von der Generalversammlung gefaßten Beschlüssen führen wir noch einen betreffend die Maifeier an, der folgendermaßen lautet:

1. In allen Betrieben, wo dreifünftel der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entscheidet sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschlusse zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens zehn Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntniß zu geben. 2. Eine Beschlußfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf in keiner Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gefaßt werden. 3. Aussperrungen und Maßregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen unsererseits beantwortet werden. 4. Bei Aussperrung oder Maßregelung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die davon Betroffenen eine Unterstützung in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung in Kraft und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gezahlt, doch gilt dieselbe nicht als Arbeitslosenunterstützung.

Ueber alle das Unterstützungswesen betreffenden Anträge wurde zur Tagesordnung übergegangen und hierauf nach einstimmiger Annahme einer gegen die Getreidezölle und insbesondere gegen die jetzt geplante Erhöhung der Getreidezölle gerichteten Kundgebung die von 178 Delegirten beschickte Generalversammlung geschlossen.

Der Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands hielt vom 28. bis 31. Mai in Magdeburg seine 5. Generalversammlung ab. 37 Delegirte des Verbandes waren zu derselben erschienen. Der Verband zählt an 70 Orten 4547 Mitglieder von im Ganzen 6704 dort beschäftigten Berufskollegen, davon sind in Berlin 85 und in Dresden 95 pZt. der Berufskollegen organisirt. Im allgemeinen sind die Verhältnisse im Töpfergewerbe noch recht traurige; die allerdings unvollständige Statistik des Verbandes ergiebt, daß nur an einem Ort die Arbeitszeit 8 Stunden beträgt; an 12 Orten beträgt sie 9 Stunden, an 33 Orten 10 Stunden, an 18 Orten 11 Stunden, an einem Ort 11—14 Stunden. Die Verbandskasse hat zur Zeit einen Bestand in Höhe von M 21 766,82. Die Gesammteinnahmen seit Stattfinden des letzten Verbandstages vor zwei Jahren betrugen M 212 150,37, die Gesammtausgaben M 190 383,55. Allein 57 pZt. der Einnahmen wurden durch die Streikunterstützungen aufgezehrt. Die Generalversammlung beschloß eine erhebliche Ausdehnung des Unterstützungswesens. Neben der schon bestehenden Reiseunterstützung wurde eine Umzugsunterstützung an verheirathete arbeitslose Mitglieder in Höhe von M 10 eingeführt, außerdem eine Sterbeunterstützung und eine Krankenunterstützung, letztere allerdings nur probeweise für das Jahr 1902. Die Krankenunterstützung soll pro Tag 50 bis 80 ₰ betragen, sie soll bis 8 Wochen dauern und nach einer einwöchigen Karenzzeit beginnen. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung, die von vielen Seiten gewünscht wurde, wurde der Vorstand beauftragt, baldigst das nöthige Material zu sammeln und zu bearbeiten; er soll dann durch eine Urabstimmung über diese Frage entscheiden lassen. Die Wochenbeiträge wurden auf 30, 40 und 50 ₰ festgesetzt. Die Streikunterstützung beträgt je nach der Beitragsleistung M 10, 12 und 14 pro Woche und für jedes Kind wöchentlich M 1 mehr. Von den neubeschlossenen Bestimmungen der Statuten über das Verhalten bei Streiks sind folgende von Interesse: Zahlstellen, welche noch nicht ein Jahr bestehen, haben bei etwaigen Angriffsstreiks keine Ansprüche auf Unterstützung aus der Hauptkasse. Doch entscheidet in besonderen Fällen hierüber der Zentralverband. Von beabsichtigten Lohnveränderungen und Arbeitsbedingungen ist dem Zentralvorstand mindestens zwei Monate vorher Kenntniß zu geben und ihm die Ursachen klar zu unterbreiten. Desgleichen ist bei Verhängung von Sperren die Zustimmung des Zentralvorstandes einzuholen. Bei Streiks wird für die ersten drei Tage Unterstützung nicht bezahlt. Weiter wurde im neuen Statut bestimmt, daß Mitglieder, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, sowie invalide, völlig erwerbsunfähige Mitglieder vom Verband zu Ehrenmitgliedern ernannt werden können, sofern sie nachzuweisen vermögen, daß sie in den letzten sechs Jahren der Organisation angehört haben. Es wurde weiter die Anstellung eines dritten besoldeten Beamten beschlossen, dessen Gehalt auf M 1800 festgesetzt wurde, während das des ersten Vorsitzenden und ersten Kassirers auf M 2000 erhöht wurde.

Politische Thätigkeit in den christlichen Gewerkschaften. Entgleist ist am vorigen Dienstag Herr Abgeordneter Schirmer (Redakteur und christlicher Gewerkschaftsführer). Er betheiligte sich im Arbeiterwahlverein der Zentrumspartei an der Debatte und beklagte es lebhaft, daß in den katholischen Arbeitervereinen die politische Thätigkeit fehle. Herr Schirmer betonte ausdrücklich, den (christlichen) Gewerkschaftsführern stehe das Recht zu, sich an der politischen Bewegung hervorragend zu betheiligen. Ein Herr Königsbauer (Vorsitzender der Zahlstelle der christlichen Holzarbeiter in München) bezeichnete es sogar als eine Pflicht der Gewerkschaftler, politisch — natürlich für das Zentrum — thätig zu sein! Die beiden Herren haben sich da wohl etwas vergaloppirt. Denn bisher wurde uns immer vorgehalten, unsere Gewerkschaften seien nicht neutral, weil deren Führer auch politisch thätig seien. Dies sagt auch ausdrücklich Herr Stegerwald (Vorsitzender des christlichen Holzarbeiterverbandes) auf Seite 17 seiner im Auftrage des christlichen Holzarbeiterverbandes herausgegebenen Agitationsbroschüre. Da finden wir als gewichtigen Grund gegen uns angeführt: „An der Spitze der sogen. „modernen" Gewerkschaften und an den Redaktionen der Verbandsorgane stehen meist Land- oder Reichstagsabgeordnete, die den sozialdemokratischen Fraktionen in deutschen Reichs- und Landtagen angehören." Die Herren Schirmer und Königsbauer werden also einsehen, daß sie viel zu weit gegangen sind. Denn die Herren können doch nicht ihre so musterhaft „neutralen Gewerkschaften" zur politischen Thätigkeit auffordern, die man uns immer als Hauptverbrechen anrechnet. Das wäre ja eine ganz gewöhnliche Heuchelei, die sich so bewährte Zentrumschristen gewiß nicht wollen zu Schulden kommen lassen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Behinderung der Arbeitersekretariate. Die vielerorts durch die Arbeiterorganisationen geschaffenen Sekretariate für Ertheilung von Rath und Hülfe in gewerblichen Rechtsangelegenheiten haben sich allenthalben als höchst ersprießliche Einrichtung bewährt. Auch die Behörden konnten ihrem Wirken ihre Anerkennung nicht versagen und haben, soweit uns bekannt, dieser Schöpfung der Arbeiterbewegung im Allgemeinen keine Hindernisse zu bereiten versucht. Eine Ausnahme bildete das Arbeitersekretariat in Beuthen in Oberschlesien. Hier, wo die Arbeiterbewegung noch jung ist und Unternehmer und Behörden im ersten Eifer versuchen, Alles zu befehden, was geeignet ist, die Sozialdemokratie zu fördern, wurden auch dem von Dr. Winter geleiteten Arbeitersekretariat allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Jetzt hat sich auch die Rechtsprechung des obersten schlesischen Gerichtshofs der Erschwerung der Thätigkeit des Arbeitersekretariats gewidmet. Dem „Vorwärts" wird hierüber aus Breslau berichtet:

„Das Breslauer Oberlandesgericht hat ein für die deutschen Arbeitersekretariate sehr bedeutsames Urtheil gefällt. Der Arbeitersekretär Dr. Winter in Beuthen i. O.-Schl. hatte sich seinerzeit vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten, weil er es unterlassen hatte, sein Rechtsschutz-Bureau gemäß § 35 der Reichs-Gewerbe-Ordnung anzumelden. Dieser Paragraph fordert die polizeiliche Anmeldung für Betriebe, die auf die gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und Abfassung bezüglicher Schriftstücke gerichtet sind, während § 151 der Reichs-Gewerbe-Ordnung die eventuell zur Leitung solcher Betriebe bestellten Personen für die Erfüllung der Anmeldepflicht haftbar macht. Die Anklage gründete sich darauf, daß im sogenannten Arbeitersekretariat Personen aus dem Arbeiterstande, allerdings unentgeltlich, Auskunft erhalten, ebenso unentgeltliche Anfertigung von Schriftstücken vorgenommen werde, daß aber der von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angestellte Bureauarbeiter angewiesen sei, die Hülfesuchenden zum Eintritt in die Gewerkschaften zu veranlassen, an welche sie dann Eintrittsgeld und feste regelmäßige Beiträge zu zahlen hätten. Auch zahlten manche Rechtsuchende freiwillig beliebige Beträge für die ihnen geleisteten Dienste an das Arbeitersekretariat.

Vom Schöffengericht wurde Dr. Winter freigesprochen. Eine gewerbsmäßige Thätigkeit des Arbeitersekretariats sei darin nicht zu ersehen, daß dortselbst Rechtsuchende zum Beitritt einer Gewerkschaft veranlaßt würden, da die Eintrittsgelder und regelmäßigen Beiträge, die seitens der Gewerkschaften von den Mitgliedern erhoben werden, nicht das Aequivalent für die Thätigkeit des Arbeitersekretariats, sondern für die von den Gewerkschaften selbst ihren Mitgliedern gebotenen Leistungen darstellen. Auch die Annahme gelegentlicher freiwillig gegebener Beträge seitens Rechtsuchender spreche nicht für eine gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsgeschäfte.

Vom Landgericht Beuthen O.-S. wurde auf Berufung des Staatsanwalts das schöffengerichtliche Urtheil aufgehoben und Dr. Winter zu M 30 Geldstrafe verurtheilt. Das Landgericht begründete das Urtheil folgendermaßen: Der von den Gewerkschaften bezw. der Generalkommission der Gewerkschaften angestellte und bezahlte Leiter des Rechtsschutzbureaus habe den Auftrag, die Rechtsuchenden als zahlende Mitglieder den Gewerkschaften zuzuführen und letzteren durch die Eintrittsgelder und regelmäßigen Beiträge dauernde Einnahmen zu verschaffen. Darin sei die Gewerbsmäßigkeit des Betriebes zu erblicken, ebenso wie in dem Umstand, daß offenbar von vornherein auch auf die freiwilligen Beträge von Rechtsuchenden gerechnet worden sei.

Gegen dieses Urtheil legte Dr. Winter Revision beim Oberlandesgericht ein. Er bestritt die Rechtmäßigkeit des vom Landgericht aufgestellten Begriffs der Gewerbsmäßigkeit. Das Arbeitersekretariat mache in keinem Falle für seine Hülfeleistung den Rechtsuchenden irgend eine Gegenleistung **zur Bedingung.** Der eventuell erfolgende Beitritt von Rechtsuchenden bezw. die Zahlung von Eintrittsgeldern und Beiträgen an die Gewerkschaft könne daher unter keinen Umständen als eine dem Arbeitersekretariat gewährte Gegenleistung angesehen werden, ebensowenig aber auch die freiwilligen Spenden, die nicht einmal der Generalkommission, sondern die der Parteikasse zugewiesen würden. Weiter machte die Revision den Einwand der Verjährung geltend, da bei Beginn des Strafverfahrens mehr als drei Monate seit Eröffnung des Bureaus verflossen seien. In Uebereinstimmung mit dem Antrag des Oberstaatsanwalts kam der Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts jedoch zur **Verwerfung der Revision.** Das Landgericht Beuthen O.-S. habe den Begriff der Gewerbsmäßigkeit nicht verkannt. Eine Verjährung konnte nicht eintreten, da die Pflicht zur Anmeldung des Betriebs so lange bestehe, wie der Betrieb selbst."

Das Oberlandesgericht hat damit ein Urtheil des Beuthener Landgerichts bestätigt, bemerkt dazu das „Hamburger Echo", welches direkt gegen die Absicht des Gesetzgebers verstößt. Der § 35 der Gewerbeordnung hätte nicht die Fassung erhalten, die er gegenwärtig hat, wenn nur die Möglichkeit angenommen worden wäre, daß solche Urtheile gefällt werden könnten. Da die Verfolgungssucht der Behörden und die Justizgymnastik der Gerichte bekannt sind, war mehrfach von unseren Genossen die Befürchtung ausgesprochen, daß der § 35 gegen die Arbeitersekretäre oder Gewerkschaftsführer angewendet werden könne. Jedes Mal aber gab ein Regierungsvertreter die Antwort, daß diese Befürchtung ohne jede Begründung sei. Um auch noch solche Erklärung im Plenum des Reichstages zu provoziren, hatten unsere Genossen einen Antrag gestellt, die Worte zu streichen, welche eine Beziehung des § 35 auf die Arbeitersekretäre bei etwas gezwungener Anwendung des Gesetzes möglich machen konnten. Bei der Begründung des Antrages hatte Bebel das Arbeitersekretariat in Nürnberg erwähnt. Darauf erklärte Graf Posadowsky: „Meine Herren, was wir treffen wollen, darüber ist, glaube ich, im ganzen Hause kein Zweifel. Der Herr Abgeordnete Bebel unterscheidet zwei wichtige Begriffe nicht: es kann etwas geschäftsmäßig betrieben werden, es braucht aber deshalb nicht gewerbsmäßig betrieben zu werden; Letzteres setzt die Absicht voraus, damit einen Gewinn zu erzielen und auch für den einzelnen Fall entlohnt zu werden. Nur diesen Fall wollen wir treffen. Wenn Jemand geschäftsmäßig aus humanitären und sozialpolitischen Gründen solche Auskunft ertheilt, **fällt er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung."** (Sten. Ber. X. Legislaturperiode, I. Session, vierter Band, Seite 2967. D.) Nur weil diese Erklärung gegeben wurde, fand der § 35 in der jetzigen Fassung Annahme. Wir können daher die Mitglieder der Gewerkschaften nur auffordern, unbekümmert um dieses Urtheil fortzufahren, ihre Institute aufrecht zu erhalten, und nicht die im Absatz sechs des § 35 der Gewerbeordnung geforderte Anzeige zu machen, weil diese Institute nicht unter den Paragraphen fallen.

Sollten die Gerichte fortfahren, die bündigen Erklärungen der höchsten Reichsbehörden dadurch zu diskreditiren, daß sie Gesetzesbestimmungen einen Sinn unterlegen, welcher direkt der Absicht des Gesetzgebers zuwider läuft, so wird nur der Weg übrig bleiben, daß man den Wortlaut des Gesetzes ändert. Wenn dann bei den Debatten über diese Aenderungen nicht mit den höflichsten Ausdrücken über die „Rechtsprechung" gesprochen wird, haben die Richter keine Ursache, sich zu beklagen. Denn sie haben diese Beschwerden direkt provozirt.

Briefkasten.

*Berichte blieben zurück wegen Raummangels aus: Grimma, Gräfenroda, Schwerin.

Feuerbach. Die Red. der „Schw. Tagw." hatte jedenfalls Gelegenheit, mit dem oder den Einsendern Rücksprache zu nehmen, und deshalb die Aufnahme des Berichts in Nr. 117 vom 22. Mai. Uns sendet man die fragliche Nummer am 6. Juni zu, macht einen Kreidestrich um die Buchstaben, setzt den Zahlstellenstempel darunter und dann ab nach Hamburg; den Namen des Verfassers bezw. Einsenders brauchen wir ja nicht zu wissen, wir können dann die halbe Welt auskundschaften nach etwa gewünschten Zeugen und finden sie nicht. Also bitte, Namen nennen.

Biberach, O. Es war absolut unmöglich, Ihren langen Erörterungen Raum zu gewähren. Der kurze Auszug genügt auch. Im Uebrigen wird auch durch Ihren dritten Brief an unserer Auffassung über die dortigen Zwistigkeiten nichts geändert.

Gevelsberg. Das ist vorher nicht bestimmt worden; wenn wir nicht irren M 15. Im Uebrigen kann Ihnen darüber auch die Krankenkasse, der Sie angehören, Auskunft geben.

Wandsbek, H. Es wird wirksamer sein, die Resolution in einer Versammlung vor dem 1. Mai des nächsten Jahres den dortigen Mitgliedern zur Kenntniß zu bringen. Nach unserer Meinung ist die Bekanntgabe heute zwecklos.

Mühlberg, E. L. Warum übernahmen Sie nicht die Berichterstattung von der Versammlung in N.? Mit dem uns Zugesandten wissen wir beim besten Willen trotz seiner Länge nichts anzufangen.

Nürnberg, L. Z. Ist bereits im ganzen Umfange gesetzt, aber es fehlt noch an Raum.

Wittenberge, R. u. M. Erledigt sich durch den Bericht in heutiger Nummer.

Gößnitz, W. Ihr Eingesandt trägt nicht den Stempel der Verwaltung, kann infolgedessen nicht berücksichtigt werden.

Luckenwalde, A. S. Lieber Kollege! Es thut uns leid, daß wir die dortigen Kollegen in der Oeffentlichkeit blamiren sollen; aber Sie haben Recht, wenn kein anderes Mittel mehr zieht, rettet man sich in die Oeffentlichkeit. Also denn: In einer Zahlstelle, die **200** Mitglieder zählt, waren zu einer Mitgliederversammlung ganze **10** Mann erschienen. Das ist tief beschämend, um so mehr, als die Unternehmer sich die sträfliche Gleichgültigkeit der Kollegen zu Nutze mache und überall die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Herunter also die Schlafmütze, Luckenwalder Mitglieder, und thut Eure Schuldigkeit.

Versammlungs-Anzeiger.

Altona. Am Dienstag, den 18. Juni, Abends 9 Uhr, im Lokale der Ww. Ebler, Norderstr. 37. Tagesordnung: 1. Die Thätigkeit des Verbandes im letzten Jahre. 2. Verschiedenes.

Bergedorf. Sonnabend, den 22. Juni, Abends 8½ Uhr.

Braunschweig. Sonnabend, den 22. Juni, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Werder 32.

Dresden. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, den 22. Juni, Abends 9 Uhr, im „Trianon".

Eisenberg. Sonnabend, den 22. Juni.

Emden. Donnerstag, 20. Juni, b. Menthe.

Hamburg. Sonnabend, den 15. Juni, Abends 8½ Uhr: Oeffentliche Stellmacherversammlung bei Hilmer, Gänsemarkt 35. Um zahlreiches Erscheinen ersucht dringend

Der Sektionsführer.

Zeitz. Sonnabend, den 22. Juni, Abends 8½ Uhr, bei Schindler. T.-O.: 1. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 2. Wahl von Delegirten zum Kartell. 3. Bau eines Gewerkschaftshauses. Zahlreiches Erscheinen nothwendig. **Die Ortsverwaltung.**

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Reichenhall (Bad). Bevollm. **Martin Flaschberger,** Rosengasse 3. Kassirer **Heinr. Elsner,** Schreiner, Fischer-Liebigstraße. Herberge **„Gasthaus zum Schiff",** Florianplatz. Daselbst Auszahlung der Reiseunterstützung. Lokalunterstützung vom 1. Oktober bis 1. Mai.

Der Drechsler **Richard Müller,** geb. am 29. 1. 77 zu Mittweida, Buch-Nr. 105 951, wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten einzusenden. Kollegen, welche seinen jetzigen Aufenthalt wissen, werden um Mittheilung gebeten. **Friedr. Haase,** Bevollmächtigter.
Wismar i. M., ABC-Straße 25.

Warnung.

Der Tischler **Otto Neuber** aus Ostpreußen, Verbandsmitglied, hat sich hier verschiedene Schwindeleien zu Schulden kommen lassen, weshalb wir die Verwaltungen und Kollegen vor demselben warnen. Gleichzeitig bitten wir die Kollegen, welche N.'s jetzigen Aufenthalt wissen, seine Adresse an **Rud. Schimek,** Kassirer, Glüsingerweg 11, gelangen zu lassen.
Die Ortsverwaltung **Lauenburg** (Elbe).

Sterbetafel
des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Albert Nitz, Tischler, geb. 4. 11. 79, gest. 31. 5. 1901 an Schwindsucht zu **Luckenwalde.**

Georg Strahns, Schreiner, geb. 25. 5. 79 zu Elgersheim, gest. 21. 5. 1901 infolge eines Unglücksfalles zu Mainz. Verwaltung **Höchst.**

Paul Schmidt, Schreiner, geb. 11. 8. 72 zu Höchst a. M., gest. 2. 6. 1901 nach zehnmonatlichem, schwerem Leiden zu **Höchst a. M.**

Josef Loser, Schreiner, geb. 6. 3. 71 zu Graz, gest. 9. 5. 1901 an Lungenschwindsucht zu Pforzheim. Verw. **Stuttgart.**

Wilhelm Schleehauf, Klaviermechaniker, geb. 16. 1. 69 zu Stuttgart, gest. 19. 5. 1901 an Lungenentzündung zu **Stuttgart.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Kollege **Paul Oehlert,** sende Deine Adresse umgehend an **Albin Zorn,** Tischler, **Leutenroda,** Elsterbergerstr. 9.

3 Stuhlbauer, 2 Polirer und **8—10 Schreiner** für weiße und sonst. Möbel, werden zum **sofortigen** Eintritt bei hohem Lohn gesucht. Es wollen sich jedoch nur bessere Kräfte melden.
Jos. Krug, Brückenau (Bayern), Möbelschreinerei u. Stuhlfabrik.

Für meine **Bau- und Möbeltischlerei** suche ich auf sofort oder zum 15. Juni einen tüchtigen, soliden, verheiratheten **Tischler,** der die Arbeiten leitet, mitarbeitet u. mit Maschinen Bescheid weiß, gegen guten Lohn u. Wohnung im Hause. **Aug. Westphal, Entin,** Holzbearbeitungsfabrik.

Tüchtiger Bürstentischler
für im Poliren, sofort auf **dauernd gesucht.** Reisevergü. z. Hälfte. Zuschr. unt. **L. J. 499** bef. d. Ann.-Exped. **Gotthard Latte, Hamburg,** Stadthausbrücke 3.

4—6 **Drechsler** der Möbelbranche sofort für dauernde Stellung und Akkordlohn gesucht.
Louis Wetzel, Dampfsägewerk, **Hermsdorf** (S.-Altenbg.).

Einen **Stellmachergesellen** sucht per sofort auf dauernde Arbeit, Kost u. Logis im Hause,
Wilh. Hohenstein, Hanerau i. Holst., Stellmacherei mit Motorbetrieb.

Suche sofort:
1 tüchtigen Säger, der zugleich die **Leitung** des ganzen Werkes übernehmen kann;
2 tüchtige Säger für Vollgatter;
1 tüchtigen Heizer für Lokomobile m. Vorfeuerung; muß gelernt. Schlosser sein, der kl. Reparatur. vornehm. kann;
1 gewandten Bandsäger;
1 gewandten Kreissäger.
Verheirath. Leute bevorzugt. Stellung dauernd. — Angeboten sind Zeugnisse und Lohnansprüche beizufügen.
Karl Kolter, Dampfsägewerk, **Waldfischbach (Pfalz).**

Zwei **Korbmachergehülfen** auf großgeschlagene Arbeit finden dauernde Beschäftigung. Wöchentl. Arbeitsverdienst nachweislich M. 20—25. Verheirathete nicht ausgeschlossen.
Franz Schindler, Korbfabrik, **Markranstädt.**

5—10 Korbmachergehülfen auf Matt und grün Geschlagen per 15. Juni cr. finden dauernde Arbeit bei gutem Lohn.
Rich. Thieme, Korbwaarenfabrik, **Corbetha-Bahnhof.**

Suche per sofort 2 jüngere, tüchtige
Korbmacher
auf groß und klein Geschlagen.
Hans Pfister, Korbmachermeister, **Kempten** (Bayern).

Gesucht solider, tüchtiger **Korbmacher** auf dauernde Beschäftigung.
Jak. Kahlke, Glückstadt.

☞ Gesucht zu sofort noch einige **Korbmacher** auf Ballonkörbe.
Ludw. Behsen, Trittau i. Holst.

1—2 Korbmacher auf Rüben- u. Kohlenkörbe sucht sogl. od. später. Kost u. Logis i. Hause.
Gottf. Wolle, Bergen a. Rügen.

2 Korbmachergehülfen
auf Grün sucht für dauernd
Hermann Kühn,
Kötzschenbroda-Dresden.

2 Korbmacher auf Matt u. grün Geschlagen.
H. Schwitzky,
Meißen, Am Bahnhof 22.

1—2 Korbmachergehülfen auf Rohrarbeit stellt sofort noch ein. Wochenlohn je nach Leistung M. 18—20.
C. J. Hoffmann, Korbf., **Cassel.**

Einen **Korbmachergesellen** auf Mattarbeit sucht für sofort.
Adolf Dietzold, Magdeburg-W., Gr. Diesdorferstr. 28.

Zwei **Korbmacher,** flotte Arbeiter für Matt, dauernde Beschäftigung, sofort gesucht.
Emilie Klose, Beuthen, Bez. Liegnitz.

Sofort **2 Korbmacher** auf Fischkörbe ges.
J. Adamietz, Weserdeich b. Berne.

Suche sofort einen tüchtigen **Korbmachergesellen** bei hohem Lohn.
Wilhelm Eickermann,
Misdroy a. d. Ostsee.

Einen jungen, tüchtigen **Korbmacher** auf Geschlagen stellt sofort ein
J. Zoller, Korbmacher, **Söflingen** b. Ulm.

Einen **Korbmachergesellen** auf groß Geschlagen sucht sofort oder später
Karl Fliege, Korbmachermeister, **Steudal,** Mühlenstr. 15.

2 Korbmacher,
Mattarbeiter, finden sofort dauernde, lohnende Arbeit auf runde, leichte Oelkörbe.
Carl Marahrens, Bischofsnadel 4, **Hemelingen** b. Bremen.

Gesucht auf sofort ein **Korbmachergeselle** auf Gesellenarbeit.
E. Mirsch, Oldenburg i. Gr.

☞ Tüchtiger **Bürstenmacher** gesucht.
Aug. Flohr,
Emden, Boltenthorstr. 39.

Suche noch 2 tüchtige **Bürstenmacher** zum Einziehen u. Pechen auf Halbstück bei dauernder Stellung per sofort.
W. P. May, Bürstenfabrik, **Gettorf** b. Kiel.

Arbeitsnachweis der Korkarbeiter.
2 **Maschinenschneider** für Hobel- und Bohrmaschinen sofort gesucht.
Wilh. Schneck,
Frankfurt a. M., Alte Mainzergasse 38, 1. Et.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsst. **Braunschweig.**
Sonntag, den 16. Juni 1901:
✱ Großes Sommer-Vergnügen ✱
bestehend in **Gartenkonzert, Ball, Kinderbelustigungen** ꝛc., im **„Weißen Roß",** Cellerstraße.
Hierzu laden wir die Kollegen der hiesigen wie der umliegenden Zahlstellen freundlichst ein
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Altona.
Am Sonntag, den 23. Juni 1901:
Sommerfest und Ball,
verbunden mit **Preiskegeln** für Herren, sowie **Damen- und Kinderbelustigungen,** im Lokale d. Herrn **Sieberling, Nienstedten.**
☞ **Anfang 4 Uhr.** ☜
Preis der Karte für Herrn nebst Dame **30 ₰.** **Das Comité.**

Den werthen Parteigenossen offerire ich hierdurch eine prima **6 ₰-Zigarre** zu M. 3,50 pro 100 Stück. Bei Abnahme von 500 Stück an versende ich portofrei per Nachnahme.
P. Heuberger, Mannheim, Meerfeldstr. 21, 2. Stock.

Für Stellmacher!
E. rentabl. **Stellmacherei** mit sehr guter Kundschaft ist sof. sehr billig zu verk. Auch pass. f. 2 Komp. Off. u. **122** a. d. Exp. d. Bl.

Volkslexikon (neu!)
von **E. Wurm** ist preiswerth zu verkaufen. **H. Fleischner,**
Höchst a. M., Falkensteinerstr. 37.

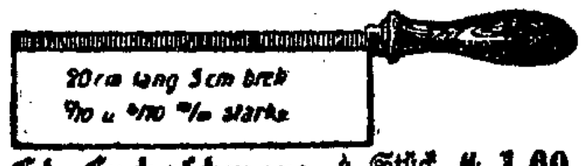
Ein 2pferd. **Petroleummotor, 1 Hobelmaschine** (30 cm breit), **2 Hobelbänke** mit vollst. Werkzeug und **1 Kreissäge** stehen wegen vollst. Geschäftsaufgabe billig zu verk. Alles ist noch fast neu und im Betrieb zu sehen.
Jakob Bruchhäuser, Schreiner, **Westhofen (Hessen).**

Stübling's Holzbearbeitungs-Techniker.
Berlin-Schmargendorf.
Probe-Nummer gratis und franko.
Bestes Fachblatt für die Grossindustrie.

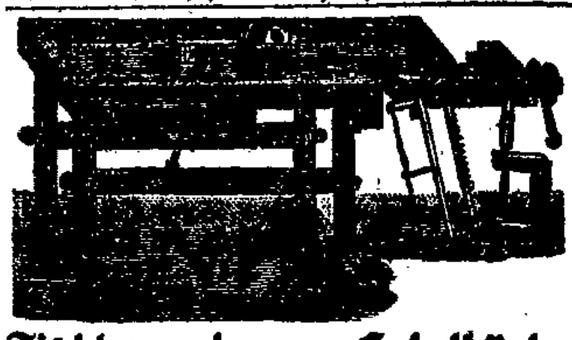
Tischler-Fachschule Detmold
Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.

Meier's Patent-Schrank-beschlag
ist in allen Eisenwaarenhandlungen zu haben. Wo nicht, versende ich direkt, auch in Postkolli von 8 Satz.
Galv. verzinkt pro Satz 80 ₰,
Eisen gescheuert „ „ 75 ₰.
J. Meier, Bremen, Kl. Helle Nr. 33.



Kl. Fuchsschwanz, à Stück M. 1,60. Wiederverk. Rabatt. **Edm. Madl, München,** Steinheilstr. 19.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.
Titus Axen, Altona.
Preislisten gratis und franko.

Holzarbeiter kaufen ihre Arbeitsgarderobe **direkt** an der **Quelle** bei
W. A. Langer, Leubsdorf i. S.
Proben franko! 2 Paar Kammgarnhosen M. 7,50 frei in's Haus. Angabe der Schrittlänge u. Bundweite genügt für guten Sitz.

Paul Horn, Hamburg
Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36
Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattîne, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpoliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrole.

Paul Horn ist ☞ „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das ☞ Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das ☞ Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille", Lübeck.

Verlag: A. Bömke, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.